



Anträge

**zur Landesvertreterversammlung
der SPD Baden-Württemberg
in Schwäbisch-Gmünd**

11. März 2017

Berichterstatter*innen

Anträge	Berichterstatter*innen	Seite
1 Leitantrag		
- Einleitung, Kapitel Arbeit	Birte Könnecke Lina Seitzl	3
- Wohnen	Thorsten Majer Christian Soeder	7
- Rente	Sarah Pawlowski René Repasi	12
- Bürgerversicherung	Raphael Pfaff Ralf Spörkel	17
- Steuergerechtigkeit	Igor Gilitschenski Dorothea Kliche-Behnke	18
- ab 4. Finanztransaktionssteuer	Birte Könnecke Lina Seitzl	21
2,3,4,5,6,7,8,9	Birte Könnecke Lina Seitzl	25
10	Igor Gilitschenski Ralf Spörkel	60
11,12,13,14,15,16	Gabi Rolland Ralf Spörkel	65
Initiativanträge, Resolutionen	René Repasi	

**Leitantrag Bundestagswahl 2017
Sozialdemokratie pur Zeit für
Politikwechsel – Zeit für Gerechtigkeit**

**– Leitantrag Bundestagswahl 2017
den – Sozialdemokratie pur Zeit für
den Politikwechsel – Zeit für
Gerechtigkeit**

Annahme in der Fassung der
Antragskommission

5 In Herbst diesen Jahres geht es darum, dass unsere
Gesellschaft sozial und kulturell nicht auseinander
bricht. Es geht darum, unser Europa des Friedens zu
retten. Es geht darum, dass wir der weltweit rechten
10 Welle mit unseren Werten gegenüber treten: Freiheit, **rechten** der weltweiten
Gerechtigkeit und Solidarität. *nationalistischen und ausgrenzenden*
Welle ...

15 Wir müssen die tatsächlichen Probleme und
Hoffnungen der Menschen in den Blick nehmen. Uns
geht es um den Zusammenhalt der Menschen in
unserem Land und um eine gerechte Gesellschaft.
Dafür werden wir kämpfen!

20 Die SPD hat mit ihren Regierungsmitgliedern in vier
Jahren viel bewirkt. Wir sind mit dem Mindestlohn und
der Bekämpfung der Leiharbeit und ungleicher
Bezahlung wichtige erste Schritte gegangen. Viele
Maßnahmen zur Durchsetzung von mehr sozialer
Gerechtigkeit, wie z.B. die Bürgerversicherung will
und wird die CDU/CSU nicht mittragen. Deshalb
25 brauchen wir eine neue Regierung der sozialen .. sozialen Gerechtigkeit *unter Führung*
Gerechtigkeit. Dafür werden wir in den nächsten *der SPD*. Dafür
Monaten unermüdlich kämpfen.

30 Zeit für Gerechtigkeit!
Soziale Gerechtigkeit hält unsere Gesellschaft
zusammen. Sie stärkt das Zusammenleben in
Deutschland, Europa, aber auch darüber hinaus.
Soziale Gerechtigkeit ist kein Zustand, sondern ein
35 dauerhaftes Streben nach einer Gesellschaft, die alle
Menschen in den Blick nimmt.

40 Es geht darum, dass alle gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, Gesundheit (Krankenversorgung), Rente,
Kultur, Sicherheit, Freizeit aber auch um gleiche
Teilhabe an Demokratie und Zugang zu öffentlichen

- 45 Unsere Gesellschaft wird dort gespalten, wo ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gleichheit der Lebenschancen gefährden. Es geht also nicht um Gleichheit oder Gleichmacherei, sondern um gleiche Lebenschancen. Es geht also nicht um ~~Gleichheit oder~~ Gleichmacherei, sondern ...
- 50 Das sozialdemokratische Versprechen heißt deshalb mehr denn je: Wir lassen die Menschen nicht allein. Wir kämpfen für Gerechtigkeit. Die Sozialdemokratie ist Garant für eine starke und gerechte Gesellschaft. Darum geht es am 24. September, wenn die
- 55 Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme abgeben.

1. Wir sind die Partei der Arbeit

- 60 Die SPD ist die Partei für die Menschen, die nichts anderes zu verkaufen haben, als ihre zwei Hände und ihren Kopf. Sie müssen von ihrer Arbeit leben können, weil sie eben keine Vermögenserträge erzielen, mit denen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das Einkommen muss für ein Familienleben mit Kindern und auch bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter für ein würdiges Leben reichen. Dazu braucht es Arbeit, von der man gut leben kann. Sie ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Unsere Arbeitswelt brauchte faire und gerechte Bedingungen
- 65 für die arbeitende Bevölkerung in unserem Land:
- 70

- Den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie und Bekämpfung von Leiharbeit und Werkverträgen wollen wir fortsetzen. Wir wollen Löhne von denen man leben kann und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. Das gilt für Frauen und Männer, für Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer, für Junge und für Alte. Das Gesetz zur Einkommensgleichheit werden wir evaluieren, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz entsprechend anpassen.
- Durch die Reform der Mini-Jobs müssen neben einer besseren sozialen Absicherung, Anreize dafür geschaffen werden, dass Minijobs in umfangreichere Tätigkeiten umgewandelt werden. Wir wollen die volle Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.
- Sachgrundlose Befristungen werden wir abschaffen und die Sachgründe für Befristungen einschränken.
- Zu guter Arbeit gehört lebensbegleitendes Lernen. Wir werden das Recht auf

- 95 Weiterbildung stärken und der sich verändernden Arbeitswelt anpassen, indem wir die Bundesagentur für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln.
- 100 • Wir wollen mehr Demokratie in den Betrieben und werden daher die Mitbestimmungsrechte ausbauen.
- 105
- 110 • Die Herausforderungen aus der zunehmend digitalisierten Arbeitswelt werden wir durchdenken, beschreiben und Veränderungsnotwendigkeiten formulieren und umsetzen. Das betrifft die Definition von Vollzeitarbeit, die Definition des Betriebsbegriffs in der Mitbestimmung, die Lage der Arbeitszeit und die Präsenzkultur. Der Wandel von Branchen und Tätigkeiten muss vorausgedacht und begleitet werden. Der Staat muss dem aufkommenden Strukturwandel aktiv mit massiven Investitionen in die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begegnen. Er muss auf diesem Wege auch die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Wir wollen auch unter den Rahmenbedingungen einer digitalisierten Arbeitswelt und Industrie für Vollbeschäftigung sorgen.
- 115
- 120
- 125
- 130
- 135
- 140 • Die digitale Rendite ist ein Schlüsselbegriff zur gerechten Verteilung dessen was in Zeiten der Digitalisierung erarbeitet wird. Sie birgt Chancen zur Stärkung von Pflege, Gesundheit und Bildung. Aber sie bietet auch Möglichkeiten einer gerechten Verteilung der verbleibenden Arbeit. Zugleich birgt die fortschreitende Digitalisierung auch Risiken. Die sich aus ihr heraus ergebenden ethischen
- 145 • *Wir wollen auch unter den Rahmenbedingungen einer digitalisierten Arbeitswelt und Industrie für Vollbeschäftigung sorgen.* Die Herausforderungen und Chancen aus der zunehmend digitalisierten Arbeitswelt werden wir durchdenken, beschreiben und Veränderungsnotwendigkeiten formulieren und umsetzen. Das betrifft die Definition von Vollzeitarbeit, die Definition des Betriebsbegriffs in der Mitbestimmung, die Lage der Arbeitszeit und die Präsenzkultur. Der Wandel von Branchen und Tätigkeiten muss vorausgedacht und begleitet werden. Der Staat muss dem aufkommenden Strukturwandel aktiv mit massiven Investitionen in die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begegnen. Er muss auf diesem Wege auch die Unternehmen in die Pflicht nehmen. ~~Wir wollen auch unter den Rahmenbedingungen einer digitalisierten Arbeitswelt und Industrie für Vollbeschäftigung sorgen.~~
- Wir wollen, dass die Gewinne aus der Digitalisierung gerecht verteilt werden. Die digitale Rendite ...*

- Fragestellungen müssen gesamtgesellschaftlich diskutiert und beantwortet werden.
- Gerade mittelständische Unternehmen stehen großenbedingt vor wachsenden Herausforderungen durch Cyberattacken, Datenklaу und digitaler Industriespionage einerseits sowie marktmächtigen Digital-Konzernen und Wettbewerbern mit aggressiven Geschäftsmodellen andererseits gegenüber. Um sie zu schützen, brauchen wir klare gesetzliche Rahmenbedingungen.
 - Auch Personengesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten müssen Kontrollorgane unter Einbeziehung der Arbeitnehmervertretungen installieren. Die Schlecker-Insolvenz ist dafür Begründung genug.
 - In globalen Konzernen müssen wir die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen sichern und stärken.
 - Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss möglich sein. Wir fordern die Rahmenbedingung hierfür, z.B. die Kinderbetreuung, weiter zu verbessern. Um Familien zu entlasten, wollen wir gesetzlich verpflichtende gebührenfreie Kinderbetreuungsangebote.
 - Wir wollen es Müttern und Vätern ermöglichen in vollzeitnaher Teilzeit zu arbeiten und sich partnerschaftlich um die Familie zu kümmern. Dafür werden wir die Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld einführen.
 - Zugleich wollen wir durch mehr Wahlarbeitszeitmodelle die starre Trennung zwischen Vollzeit und Teilzeit überwinden. Die Beschäftigten müssen mehr selbst über Dauer und Lage der Arbeitszeit entscheiden. Wir wollen es den Beschäftigten ermöglichen, ihre Arbeitszeit im Lebensverlauf besser an die jeweiligen familiären Anforderungen anzupassen.
 - Um die Übergänge von Teilzeit in Vollzeit, die sich aus den Zeitinteressen der Beschäftigten ergeben, zu erleichtern, führen wir das Recht auf befristete Teilzeit ein und sorgen dafür, dass heute in Teilzeit Beschäftigte einfacher ihre Arbeitszeit aufstocken können.
 - Um Auszubildenden ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, werden wir eine Mindestausbildungsvergütung einführen.
 - Die Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen wollen wir durch mehr Personal aufwerten und sie finanziell aufwerten. **aufwerten verbessern**

2. Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Menschen zur Existenzfrage geworden

205 Immer mehr Menschen in Baden-Württemberg sind auf der Suche nach Wohnraum, den sie sich auch leisten können. Selbst für Menschen mit mittlerem Einkommen sind vielerorts die Mieten nicht finanziert. Das Problem ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen und betrifft alle.

210 Gerade in den Groß- und Universitätsstädten, aber auch in vielen kleineren und mittleren Städten steigen die Mieten, u.a. durch den Wohnungsmangel in schwindelerregende Höhen. Durch den extremen Anstieg der Wohnkosten müssen Menschen mit geringem aber auch mit mittlerem Einkommen ihre vertrauten Wohnviertel verlassen und werden an die Stadtränder oder ganz aus den Städten gedrängt.

220 Der heutige Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat seinen Ursprung in der Fehleinschätzung der Lage auf dem Wohnungsmarkt in den 80er und 90er Jahren. Damals ging man aufgrund zurückgehenden Bevölkerungszahlen von einem sinkenden Bedarf auf dem Wohnungsmarkt aus. Der Staat zog sich unter der Regierung Kohl immer weiter aus dem Wohnungsmarkt zurück. Schließlich wurde mit dem Steuerreformgesetz 1990 die Wohnungsgemeinnützigkeit aufgehoben. Das Ergebnis ist, dass seitdem der renditeorientierte Wohnungsbau den Mietwohnungsmarkt dominiert.

235 Die "Gemeinnützigkeit" war deshalb wichtig, weil gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen nur begrenzt Gewinne auszahlen und ihre Überschüsse für eine sozialorientierte Wohnversorgung der Bevölkerung einsetzen mussten. Dafür wurden sie staatlich gefördert. Heute fehlt uns dieses Instrument, um alle mit bezahlbarem Wohnraum versorgen zu können.

240 Dazu fielen und fallen zahlreiche bezahlbare Wohnungen aus ihren gesetzlichen bzw. vertraglichen Bindungen. Das bedeutet, dass sie zu höheren Preisen vermietet werden konnten. Für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen wurde das zum echten Problem. Diese Verknappung von günstigem Wohnraum wurde durch steigende Haushaltssahlen und eine fortwährende Landflucht weiter verschärft.

250 Wohnraum gehört zur elementaren Daseinsvorsorge von Menschen. Und wenn große Bevölkerungsgruppen die von Menschen sich auf den Markt entwickelnden Mieten nicht mehr

leisten können, dann muss der Staat tätig werden. Wir müssen durch Wohnbauförderung den Druck aus dem Wohnungsmarkt nehmen und den Sozialwohnungsbau massiv unterstützen, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Durch weitere gesetzliche Regelungen müssen wir gegen rasante Mietpreissteigerungen vorgehen und einen gerechten Ausgleich zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen finden. ~~durch Wohnbauförderung den Sozialwohnungsbau massiv unterstützen, ... vorgehen. und einen gerechten Ausgleich zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen finden.~~

265 Die SPD hat in der Großen Koalition auf Bundesebene erfolgreiche Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum eingeleitet. Zur Schaffung von jährlich 350.000 neuen Wohnungen, davon 80.000 Sozialwohnungen, haben wir den Ländern die Mittel hierfür verdreifacht. Sie bekommen ab Januar 2017 hierfür jährlich 1,5 Milliarden Euro. Erstmals nach 6 Jahren haben wir zum 1. Januar 2016 das Wohngeld erhöht. Viele Geringverdiener*innen, Familien und Rentner*innen werden nun noch mehr bei den Mietkosten entlastet. Dazu kommen 90.000 Menschen, die nun zum ersten Mal Anspruch auf Wohngeld
270 haben.
275

Mit der Einführung der Mietpreisbremse haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, um überzogene Mietsteigerungen einzudämmen.

280 Durch die Änderung des Baurechts haben wir dichtes
Bauen mit hohem Wohnanteil in urbanen Gebieten
zugelassen. Zudem fördert der Bund mit zahlreichen
285 Programmen Maßnahmen beim Städtebau, zur
Quartierentwicklung und zum Klima- und
Umweltschutz in Städten und Gemeinden.

Neben vielen Maßnahmen zur allgemeinen Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fördert das SPD-geführte Bundesbauministerium mit 120 Millionen Euro auch nachhaltige und bezahlbare Wohnprojekte speziell für Studierende und Auszubildende.

295 Doch diese Anstrengungen reichen nicht, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Wir wollen das Menschenrecht auf Wohnraum sichern und fordern hierfür zusätzliche Maßnahmen:

- 300 • Um den Entwicklungen der letzten Jahre mit drastisch gestiegenen Mieten und Eigentumspreisen sowie einer zunehmenden Knappheit an bezahlbarem, barrierefreien, alters- und familiengerechten Wohnraum zu begegnen, brauchen wir eine „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“.

305

Mit der Einführung der Mietpreisbremse haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, um überzogene Mietsteigerungen einzudämmen.

- Wir wollen ein gemeinnütziges Wohnungsmarktsegment mit unbefristeten Bindungen wieder einzuführen. Nur so kann dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum auch auf lange Sicht begegnet werden. Mit einer „Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ möchten wir neue Träger der sozialen Wohnraumversorgung unterstützen.
- 310
- Gleichzeitig wollen wir auch für diejenigen Wohnungsunternehmen einen Anreiz schaffen, einen Teil ihres Bestandes für die soziale Wohnraumversorgung einzubringen. Hierfür werden wir entsprechende steuerliche Instrumente entwickeln.
- 315
- Wir wollen eine Flächenvergabe, die nicht nur den höchsten Verkaufspreis, sondern kreative und soziale Konzepte in den Mittelpunkt stellt. Hierbei ist insbesondere auf eine Durchmischung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zu achten. Nur so können wir eine Aufteilung in wohlhabende und ärmere Stadtteile verhindern.
- 320
- Für Bauvorhaben auf größeren Flächen (auch Konversionsflächen) fordern wir einen Richtwert für die zukünftige Bebauung entsprechend einer Formel 40:30:30. 40 Prozent der Flächen sollen für den sozialen Wohnungsbau und 30 Prozent für die geförderte Eigentumsbildung genutzt werden. Auf den restlichen 30 Prozent kann eine privat finanzierte Bebauung erfolgen. Die Kombination aus Bundes- und Landesförderung des Wohnungsbaus soll dieser Zielsetzung Rechnung tragen.
- 325
- Das ressortübergreifende Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ fördert Kommunen bei Investitionen in städtebauliche Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung sozial/wirtschaftlich benachteiligter Quartiere. Damit sollen die Wohn- und Lebensverhältnisse verbessert sowie die soziale Infrastruktur, das Zusammenleben und die Integration gestärkt werden. Nachdem die Mittel für das Programm in der vorherigen Legislaturperiode drastisch zusammengekürzt wurden, konnte das Programm in der aktuellen Legislaturperiode finanziell massiv gestärkt werden.
- 330
- Das ressortübergreifende Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ soll weitergeführt werden. Es fördert Kommunen bei Investitionen ...
- 335
- Verfallene und zum Teil verwahrloste Gebäude in Innenstädten sind nicht nur ein Problem der öffentlichen Ordnung, sondern es werden dem Wohnungsmarkt dadurch dringend benötigte Immobilien entzogen. Um dieser Entwicklung
- 340
- 345
- 350
- 355

- 360 entgegenzuwirken, wollen wir den Ankauf der Schrottimmobilien durch die Kommunen verstärken.
- 365
- 370
- 375
- Mit der Mietpreisbremse haben wir einen wichtigen Schritt gegen ausufernde Mietsteigerungen vornehmen können. Damit die Mietpreisbremse erfolgreich wirken kann, müssen wir deren Wirksamkeit erhöhen. Wir fordern mehr Transparenz bei der Vormiete und eine Auskunftspflicht des Vermieters sowie einen rückwirkenden Anspruch gegenüber dem Vermieter bei überhöhten Mieten und dies nicht erst ab Zeitpunkt der Rüge.
 - Wir wollen, dass der Bezugszeitraum für die örtliche Vergleichsmiete in Mietspiegeln von vier Jahren auf zehn Jahre erweitert wird, um den Mietspiegel auf eine breitere Basis (Betrachtungszeitraum) zu stellen und so die Mietpreisspirale zu dämpfen.
 - Um Mieter*innen vor zusätzlichen Belastungen durch Modernisierungen zu schützen, fordern wir hierfür eine Begrenzung. Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der Mieter durchgeführt werden. Wir wollen deshalb die Modernisierungsumlage von derzeit 11 auf mindestens acht Prozent absenken. Um erfolgreich Investitionen zur Verbesserung der Umwelt- und Energiestandards oder künftig auch für Umbauten zu altersgerechtem Wohnen zu mobilisieren, sollte die Modernisierungsumlage auch weiterhin nicht zeitlich begrenzt werden.
 - Nachdem im Jahr 2016 das Wohngeld erstmals wieder erhöht wurde und viele Menschen diese wichtige Unterstützung in Anspruch nehmen konnten, fordern wir die Kopplung der Wohngeldhöhe an die allgemeine Preisentwicklung.
 - Für die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum spielt die Liegenschafts- und Baulandpolitik eine wesentliche Rolle. Hierfür benötigen wir eine
- 380
- 385
- 390
- 395
- 400
- 405
- 410
- Die Grundsteuer soll so umgestaltet werden, dass der ungenutzten Vorratshaltung von Bauland entgegengewirkt und eine intensivere Nutzung von innerörtlichen Flächen erreicht wird. Damit soll dem Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr entgegengewirkt werden.
- ... vor **zusätzlichen zu hohen** Belastungen ...
- Begrenzung Kappungsgrenze.**
Modernisierungsmaßnahmen in
Mietwohnungen dürfen nicht einseitig
zu Lasten der Mieter durchgeführt
werden.
- mindestens**

415 Aktivierung von Bauland und die Nutzung von Potentialen der Innenentwicklung und Nachverdichtung durch zügige Genehmigungsverfahren.

420 • Die Länder und Kommunen müssen dem Beispiel des Bundes folgen und zügig Flächen für den Bau von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung stellen.

425 • Mit Blick auf den demografischen Wandel müssen wir auch dafür sorgen, dass beispielsweise altersgerechte Wohnungen in ausreichendem Maße vorhanden sind. Wir fordern die Schaffung altersgerechten Wohnraums mit gezielten Förderprogrammen der Länder und eine angemessene Finanzausstattung von Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene.

430 • Nach 2019 liegt die Verantwortung für die Wohnraumförderung ganz bei den Ländern. Damit soll der Geltungsanspruch des Bundes für eine soziale Wohnungspolitik jedoch nicht aufgegeben werden. Wir fordern deshalb nach Wegen zu suchen, wie sich der Bund auch künftig und dauerhaft an der Schaffung bezahlbaren Wohnraums beteiligen kann. Um den Strukturen des Landes gerecht zu werden, muss die Förderkulisse der

435 Wohnraumförderung auf das ganze Land ausgedehnt werden.

440 • Die Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, intakter Nachbarschaften und durchmischter Quartiere müssen mit einer klima- und umweltverträglichen Entwicklung einhergehen. Insbesondere mit Blick auf den Klimaschutzplan 2050 zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens müssen wir dafür sorgen, dass Umwelt- und Klimaschutz als ein selbstverständlicher Teil einer sozial gerechten Wohn-, Bau- und

445 Stadtentwicklungsrichtung gesehen wird.

450

455 **Den Traum vom Eigenheim unterstützen**

460 Es geht uns aber nicht nur darum, bezahlbare Mietwohnungen zu schaffen, sondern auch darum, den Familien bei der Verwirklichung ihres Traums nach den eigenen Wänden zu helfen. Die Menschen verbinden mit dem Erwerb von Wohneigentum größere Unabhängigkeit, eine höhere Lebensqualität und eine gute Vorsorge für das Alter. Der Traum vom Eigenheim rückt für große Teile der Bevölkerung aber in immer größere Ferne. Denn gerade Familien mit

465

mittlerem oder geringem Einkommen können nicht von der aktuellen Niedrigzinsphase profitieren, weil auch die Immobilienpreise in den letzten Jahren rasant gestiegen sind und weil sie aufgrund ihrer Vermögens- und Einkommenssituation nicht ausreichend kreditwürdig sind. Gerade aufgrund der hohen Mieten ist es selbst Familien mit relativ hohen Einkommen nicht möglich, das notwendige Eigenkapital für den Erwerb von Wohneigentum anzusparen.

Deshalb wollen wir ein „Familienbaugeld“ einführen, um Familien mit Kindern zu unterstützen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt ansonsten keine Möglichkeit hätten, sich Eigentum zu leisten. Mit dem Familienbaugeld möchten wir die Lücke zum notwendigen Eigenkapital schließen und Familien mit Kindern den Zugang zu Eigenheimkrediten erleichtern. Gefördert werden sollten Familien mit einem Einkommen von bis zu 70.000 Euro. 8000 Euro sollten Familien mit einem Kind bekommen, für das zweite und dritte Kind sollten jeweils 6000 Euro ausgezahlt werden.

Den Ländern soll die Möglichkeit gegeben werden, auf die Bemessung der Grunderwerbssteuer stärker Einfluss zu nehmen.

3. Eine starke gesetzliche Rente für ein gutes Leben im Alter

Die SPD ist die Partei der sozialen Sicherheit. Das Streben danach die Menschen in unserem Land vor den großen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Altersarmut abzusichern, treibt uns seit der Gründung unserer Partei an und ist Teil unserer DNA. Dabei geht es uns nicht allein um den Schutz vor Armut, sondern darum allen einen menschenwürdigen und angstfreien Teilhabe an unserer Gesellschaft zu sichern. Das kann auch in Zukunft nur durch eine starke gesetzliche Rente gelingen. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und den Lebensstandard weitgehend durch die gesetzliche Rente zu sichern.

510

Variante 1

Wir wollen das System der gesetzlichen Alterssicherung deshalb so reformieren, dass die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit wieder innerhalb des gesetzlichen

520 Rentensystems erreicht werden können. Nur die Rückkehr zum Ziel einer lebensstandardsichernden Altersrente kann der jahrzehntelangen Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden.

525 Wir wollen nicht, dass das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung immer weiter sinkt und die dadurch resultierende Lücke die Sicherung des eigenen Lebensstandards im Alter immer weiter gefährdet. Das Ziel muss weiterhin sein, nach 45 Beitragsjahren mit einem durchschnittlichen Verdienst 530 einen lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu erwerben.

535 Die gesetzliche Rente darf nicht zur Grundsicherung verkommen. Deshalb wollen wir das aktuelle gesetzliche Rentenniveau als ersten Schritt stabilisieren und langfristig das Rentenniveau auf mindestens 50% anheben. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass die Beitragssätze in den nächsten 20 Jahren explodieren.

540 Diese beiden Ziele erreichen wir durch:

- Den sofortigen Aufbau einer Demografie-Reserve. Dabei sind nur moderate Anhebungen des Beitragssatzes erforderlich, um die Belastungen in kleinen Schritten über die Jahre zu verteilen, Planungssicherheit zu schaffen und Finanzierungslücken auf diese Weise zu schließen. Erforderlich ist eine jährliche Anhebung des Rentenbeitrags von 0,3 Prozentpunkten bis zum Jahr 2019. Dies bedeutet für Durchschnittsverdiener*innen und Arbeitgeber*innen eine jährliche Belastung von vier Euro pro Monat. Ab 2020 kann die jährliche Demografie-Anpassung auf 0,2 Prozentpunkte abgeschmolzen werden und es bleiben dennoch hohe Rücklagen für spätere Jahre.
- Um eine gerechtere Verteilung der Traglasten des demographischen Wandels zu erreichen, muss die Finanzierung der sozialen Sicherung auf eine erheblich breitere Basis als bisher gestellt werden. Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve wollen wir den demografiebedingten Kostenanstieg durch geburtenstarke Jahrgänge (Finanzierungsspitzen) vorübergehend auch über eine Erhöhung der direkten Steuern finanzieren. Es würden damit alle Steuerzahler*innen als breitestmögliche Basis überhaupt in die Finanzierungsverantwortung einbezogen. Eine Ausweitung der

575 Steuerfinanzierung kann technisch recht einfach durch eine Anhebung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen. Da Steuermittel einem progressiven Verlauf folgen, werden die Lasten gerechter verteilt.

580 Variante 2:

585 Die verlässliche gesetzliche Rente bleibt das Fundament für den Aufbau einer Alterssicherung, die die Sicherung des Lebensstandards ermöglicht. Damit der Wert der Arbeit auch im Alter weiter sichtbar bleibt und die Menschen sich keine Sorgen um eine ausreichende Rente machen müssen, werden wir dafür sorgen, dass das Leistungsniveau der Rentenversicherung nicht weiter sinkt

590 595 600 Wir wollen mit gemeinsamen Erfolgen möglich machen, dass es so hoch wie möglich bleibt. Die langfristige Sicherung der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung ist Teil einer generationengerechten Alterssicherungspolitik. Wer heute jung ist und für viele Jahre Beiträge zahlt, muss sich darauf verlassen können, dass diese Beiträge auch zu einer entsprechenden Rente führen. Diese Sicherheit ist die Grundlage für die Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung bei jüngeren Menschen.

605 610 Deshalb muss die Finanzierung gerecht, solidarisch und paritätisch erfolgen. Die Stabilisierung des Rentenniveaus erfordert erhebliche Mittel aus höheren Rentenversicherungsbeiträgen und Steuermitteln. Sie sind gerechtfertigt, um soziale Sicherheit zu gewährleisten. Die Beitragszahlenden dürfen dabei nicht überfordert werden, und höhere Einkommen werden über die Steuerzuschüsse zu den Säulen der Alterssicherung an der solidarischen Finanzierung beteiligt.

- 615
- Wir werden dafür sorgen, dass das Rentenniveau nicht sinkt und auch über das Jahr 2030 hinaus auf dem heutigen Niveau von 48% stabilisiert wird.
 - Die damit verbundenen Kosten finanzieren wir aus höheren Beiträgen und einem höheren Steuerzuschuss zur Rentenversicherung, der ab 2030 um einen Demografiezuschuss ergänzt wird.
 - Der paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlte Beitrag steigt bis 2030 nicht über 22 % und darüber hinaus nicht über
- 620

- 625 25 %.
- Gute Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt müssen sich auch auf das Niveau der Renten auswirken. Ein höheres Rentenniveau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit den Akteuren in Gesellschaft und Wirtschaft wollen wir alle Potentiale heben, um durch gute Arbeit gute Renten zu schaffen. Dazu zählen eine innovative und wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, mehr Bildung und Qualifizierung, der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Dazu gehört, die Integration in den Arbeitsmarkt und die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu steigern. Kontinuierlich werden wir prüfen, wie die gesetzlichen Renten an den Erfolgen in der Wirtschaftspolitik, bei der Steigerung der Erwerbsbeteiligung und der Lohnentwicklung teilhaben können. Wir wollen erreichen, dass das Rentenniveau nicht nur auf dem heutigen Stand bleibt, sondern, wenn möglich, wieder ansteigt.
- 650
-
- 655 • Langfristig wollen wir eine Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als Arbeitnehmer*innen, Beamte, Freiberufler*in oder Selbstständige
- 660 Als ersten konkreten Schritt hin zur Erwerbstätigenversicherung wollen wir die Einbeziehung nicht versicherter Selbstständiger in die gesetzliche Rentenversicherung.
- 665 • Zukünftig werden Selbstständige in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen. Sie profitieren von allen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung.
- 670 • Wer bei ihrer Einführung schon älter ist oder bereits in obligatorischen ... ~~kann von der~~ wird auf Antrag von der Pflichtversicherung ... Alterssicherungssystemen abgesichert ist, kann von der Pflichtversicherung ausgenommen werden.
- 675 • Wer sich selbstständig macht und eine Existenz gründet, erhält Erleichterungen bei der Zahlung der Beiträge.

- Für Selbstständige sollen sich die Beiträge in allen Sozialversicherungen wie bei abhängig Beschäftigten am (Brutto-) Einkommen ~~(Brutto-Einkommen)~~ *Gewinn* orientieren. Dazu wird der Mindestbeitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung abgesenkt.
- 685 Erwerbsminderung ist eins der größten Armutsrisken. In der Großen Koalition haben wir bereits für wesentliche Verbesserungen gesorgt. Dies reicht uns jedoch nicht. Bei der Erwerbsminderungsrente müssen wir deshalb zu weiteren Verbesserungen kommen.
- 690 Darüber hinaus wollen wir:
- Eine Lebensleistungsrente von mindestens 10% über dem regionalen Grundsicherungsniveau. Damit meinen wir eine aus Steuergeldern finanzierte, staatliche Aufstockung der Rente für Menschen, die trotz langer rentenversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit im Alter auf das Niveau der Grundsicherung fallen. Wir wollen, dass sich ihre Lebensleistung auszahlt und sie mehr haben als jemand, der nie gearbeitet hat.
 - Wir wollen die betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rente stärken und dafür sorgen, dass mehr Menschen in ihren Genuss kommen. Dies gilt insbesondere für bisher nur unzureichend abgedeckte Branchen, kleine und mittlere Betriebe und Geringverdiener*innen. Insbesondere Frauen müssen in Zukunft stärker von betrieblicher Altersvorsorge profitieren. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert werden und die die gesetzliche Rentenversicherung nicht schwächen.
 - Mit einer weitgehend flächendeckenden Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge kann dann auch die weitere Förderung der Riester-Rente entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauenschutz gelten.
 - Die Mütterrente der letzten Rentenreform ist aus Steuermittel zu finanzieren, da die Last der Finanzierung über die Rentenkasse nur die Arbeitsnehmer*innen belastet. Diese Last wollen wir durch die Finanzierung aus Steuermittel gerechter verteilen.
 - Den 3. Rentenpunkt auch für Mütter, die vor 1992 ein Kind zur Welt gebracht haben. Die Ungleichbehandlung von Müttern im

Rentensystem ist schlicht ungerecht. Diese Müttergeneration hatte die denkbar schlechtesten Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit.

735

4. Eine gute Krankenversicherung für alle – die Bürgerversicherung

740 Viele Menschen empfinden unser Gesundheitssystem als zunehmend ungerecht. „Zweiklassensystem“ wurde zu einem geflügelten Wort. Wir wollen eine Versicherung mit guten Gesundheitsleistungen für alle, in der jede*r nach seinem Einkommen einzahlt. Wir wollen eine solidarische Finanzierung und eine gerechte Kostenverteilung im Gesundheitswesen. Das ist der Kern der Bürgerversicherung. Nicht nur Gewerkschaften, Wohlfahrsträger und Sozialverbände wollen die Bürgerversicherung. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will sie auch. Sie ist Garantie der Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt. Wir wollen eine Krankenversicherung, die für alle funktioniert, egal in welcher Lebensphase, unabhängig von gesundheitlichen Vorbelastungen und mit guten Gesundheitsleistungen für alle. Das ist für uns soziale Sicherheit.

745

750

755

Zentrale Vorgabe für die Finanzierung der Bürgerversicherung ist dabei für uns: Alle zahlen ein, also auch Beamt*innen und Selbstständige und von jedem Einkommen, also auch von Kapitaleinkommen, werden Beiträge bezahlt.

760

765

Wir wissen aber auch, dass wir die Bürgerversicherung nicht in einem Zug einführen können. Deshalb schlagen wir 5 Maßnahmen vor, die auch unabhängig voneinander eine enorme Erleichterung für die Menschen in unserem Land und wichtige Schritte zu einem gerechten Gesundheitssystem für alle sind:

770

- Wir wollen, dass die Krankenversicherung wieder paritätisch finanziert wird. Das bedeutet, dass die Arbeitgeber*innen wieder zur Hälfte die Krankenversicherungsbeiträge bezahlen müssen. Die Deckelung bei den eingefrorenen Arbeitgeberbeiträgen wird damit aufgehoben. Den Zusatzbeitrag, der für Arbeitnehmer*innen bis 2020 nach unterschiedlichen Berechnungen auf über 2 Prozentpunkte ansteigen würde, wollen wir abschaffen. Das entlastet die Arbeitnehmer*innen in unserem Land.

775

- Es ist ungerecht, dass auf Arbeitseinkommen Krankenversicherungsbeiträge bezahlt werden müssen und auf andere Einkommensarten, wie

780

... 5 folgende ...

- 785 z.B. Kapitaleinkünfte, nicht. Wir wollen, dass auf alle Einkommensarten Beiträge zur Krankenversicherung gezahlt werden müssen. Uns geht es dabei um die Heranziehung von großem Einkommen. Damit nicht nur andere Einkünfte unterhalb der
- 790 Beitragsbemessungsgrenze herangezogen und damit kleine Vermögen entlastet werden können, ist eine zweite Beitragssäule notwendig. Die Beitragserhebung erfolgt über die Finanzämter. Diese zusätzlichen Beiträge
- 795 könnten dem Gesundheitsfonds gutgeschrieben werden oder als direkte Steuerzuschüsse zur Finanzierung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung wie zur Krankenhausfinanzierung oder für
- 800 Präventionsmaßnahmen verwendet werden.
- Die Beitragsbemessungsgrenze wird auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht, um mit den zusätzlichen Einnahmen wieder Leistungen wie Hörgeräte, Sehhilfen und Zahnersatz finanzieren zu können.
 - Die Unterschiede bei der ärztlichen Vergütung von gesetzlich Versicherten und privat Versicherten werden aufgehoben, um u.a. die bedarfsgerechte Verteilung von Vertragsärzten zu erleichtern. Diese Maßnahme trägt zur Gleichbehandlung aller Patientinnen und Patienten bei.
 - Alle müssen ihre Krankenversicherung wählen können, auch Beamt*innen.
- 815
- Alle müssen ihre Krankenversicherung *zu gleichen Bedingungen* wählen ...
 - *Selbständige, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, müssen derzeit einen Mindestbeitrag von ungefähr 400 Euro im Monat bezahlen, unabhängig vom Gewinn. Wir werden die gesetzlichen Regeln so ändern, dass künftig oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze der tatsächliche monatliche Gewinn als Grundlage für die Berechnung der Krankenkassenbeiträge angelegt wird.*
- 820
- 825
- 830 **5. Steuergerechtigkeit! Oder „Wie finanziieren wir das alles“?**
- Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Stabile Staatsfinanzen bilden eine Grundlage dafür, dass der

840 Staat diese Aufgaben erfüllen kann. Sie sind auch Voraussetzung für nachhaltiges und qualitatives Wachstum, um Wohlstand für alle zu schaffen und zu sichern.

845 Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für Gerechtigkeit. Wir wissen, unser aktuelles Steuersystem folgt in wichtigen Elementen einem Gesellschaftsbild, dass vielfach die aktuelle Lebenswirklichkeit nicht mehr hinreichend abbildet:

- 850 • Unser Steuersystem ist immer noch an einer Familie mit Kindern und der Einverdienehe orientiert. Die schwierige Situation der Alleinerziehenden bleibt unberücksichtigt.
- 855 • Die Einkommensunterschiede wurden im ~~wurden~~ Zeitverlauf immer größer. So liegt das Brutto-Bruttodurchschnittseinkommen aller Durchschnittseinkommen bei etwa 30.000 Euro ~~Einkommensbezieher*innen~~ bei etwas pro Jahr. Es gibt aber auch Einkommen von ... über 40.000 Euro am Tag. Eine entsprechende Anpassung des Steuertarifs und der Bemessungsgrundlage haben nicht stattgefunden.
- 860 • Während die Arbeitnehmer*innen im internationalen Vergleich inzwischen relativ hoch besteuert werden, liegen die Steuern auf ~~besteuert belastet~~ Vermögen und auch die realen Unternehmenssteuern in Deutschland relativ niedrig. Nutznießer*innen waren Bezieher*innen von Gewinneinkünften und Vermögende.
- 870 Kurz: Unser Steuersystem wird den Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. Das wollen wir ändern. Um diese strukturellen Schwächen des deutschen Steuersystems schrittweise zu überwinden und zur Stärkung einer sozial gerechten Gesellschaft sind Steuern von elementarer Bedeutung. Sie sichern die notwendigen Einnahmen für die Gemeinschaftsaufgaben und tragen mit dazu bei, dass in Zeiten immer größer werdender Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Schere zwischen arm und reich wieder kleiner wird.

885 In der Vergangenheit wurde auch die Besteuerung von Einkommen, sowohl für Gering- als auch für Spitzenverdiener*innen deutlich gesenkt. Der Tarifverlauf wurde dabei aber nicht gleichmäßig verschoben, sondern er wurde im Ergebnis „gestaucht“. Dies erfolgte aufgrund des deutlichen Ausbaus von Grundfreibetrag und Kinderfreibetrag einerseits sowie einer praktischen Festschreibung des Einkommens, ab

890 dem der Spaltensteuersatz erhoben wird, andererseits. Im Ergebnis erhielt der Einkommensteuertarif einen „Buckel“, der dazu führt, dass die Steuerbelastung für geringe Einkommen besonders schnell ansteigt. Der Spaltensteuersatz wird bereits ab dem Doppelten des Durchschnittseinkommens erreicht. Mittlere Einkommensbezieher rutschten dadurch allmählich in immer höhere Tarifbereiche. Die Bezieher*innen wirklich hoher Einkommen werden dagegen wegen des ab etwa 53.000 Euro konstanten Spaltensteuersatzes geschont.

900
905
910
915
920
925
930
935
940
945
950
955
960
965
970
975
980
985
990
995
1000
1005
1010
1015
1020
1025
1030
1035
1040
1045
1050
1055
1060
1065
1070
1075
1080
1085
1090
1095
1100
1105
1110
1115
1120
1125
1130
1135
1140
1145
1150
1155
1160
1165
1170
1175
1180
1185
1190
1195
1200
1205
1210
1215
1220
1225
1230
1235
1240
1245
1250
1255
1260
1265
1270
1275
1280
1285
1290
1295
1300
1305
1310
1315
1320
1325
1330
1335
1340
1345
1350
1355
1360
1365
1370
1375
1380
1385
1390
1395
1400
1405
1410
1415
1420
1425
1430
1435
1440
1445
1450
1455
1460
1465
1470
1475
1480
1485
1490
1495
1500
1505
1510
1515
1520
1525
1530
1535
1540
1545
1550
1555
1560
1565
1570
1575
1580
1585
1590
1595
1600
1605
1610
1615
1620
1625
1630
1635
1640
1645
1650
1655
1660
1665
1670
1675
1680
1685
1690
1695
1700
1705
1710
1715
1720
1725
1730
1735
1740
1745
1750
1755
1760
1765
1770
1775
1780
1785
1790
1795
1800
1805
1810
1815
1820
1825
1830
1835
1840
1845
1850
1855
1860
1865
1870
1875
1880
1885
1890
1895
1900
1905
1910
1915
1920
1925
1930
1935
1940
1945
1950
1955
1960
1965
1970
1975
1980
1985
1990
1995
2000
2005
2010
2015
2020
2025
2030
2035
2040
2045
2050
2055
2060
2065
2070
2075
2080
2085
2090
2095
2100
2105
2110
2115
2120
2125
2130
2135
2140
2145
2150
2155
2160
2165
2170
2175
2180
2185
2190
2195
2200
2205
2210
2215
2220
2225
2230
2235
2240
2245
2250
2255
2260
2265
2270
2275
2280
2285
2290
2295
2300
2305
2310
2315
2320
2325
2330
2335
2340
2345
2350
2355
2360
2365
2370
2375
2380
2385
2390
2395
2400
2405
2410
2415
2420
2425
2430
2435
2440
2445
2450
2455
2460
2465
2470
2475
2480
2485
2490
2495
2500
2505
2510
2515
2520
2525
2530
2535
2540
2545
2550
2555
2560
2565
2570
2575
2580
2585
2590
2595
2600
2605
2610
2615
2620
2625
2630
2635
2640
2645
2650
2655
2660
2665
2670
2675
2680
2685
2690
2695
2700
2705
2710
2715
2720
2725
2730
2735
2740
2745
2750
2755
2760
2765
2770
2775
2780
2785
2790
2795
2800
2805
2810
2815
2820
2825
2830
2835
2840
2845
2850
2855
2860
2865
2870
2875
2880
2885
2890
2895
2900
2905
2910
2915
2920
2925
2930
2935
2940
2945
2950
2955
2960
2965
2970
2975
2980
2985
2990
2995
3000
3005
3010
3015
3020
3025
3030
3035
3040
3045
3050
3055
3060
3065
3070
3075
3080
3085
3090
3095
3100
3105
3110
3115
3120
3125
3130
3135
3140
3145
3150
3155
3160
3165
3170
3175
3180
3185
3190
3195
3200
3205
3210
3215
3220
3225
3230
3235
3240
3245
3250
3255
3260
3265
3270
3275
3280
3285
3290
3295
3300
3305
3310
3315
3320
3325
3330
3335
3340
3345
3350
3355
3360
3365
3370
3375
3380
3385
3390
3395
3400
3405
3410
3415
3420
3425
3430
3435
3440
3445
3450
3455
3460
3465
3470
3475
3480
3485
3490
3495
3500
3505
3510
3515
3520
3525
3530
3535
3540
3545
3550
3555
3560
3565
3570
3575
3580
3585
3590
3595
3600
3605
3610
3615
3620
3625
3630
3635
3640
3645
3650
3655
3660
3665
3670
3675
3680
3685
3690
3695
3700
3705
3710
3715
3720
3725
3730
3735
3740
3745
3750
3755
3760
3765
3770
3775
3780
3785
3790
3795
3800
3805
3810
3815
3820
3825
3830
3835
3840
3845
3850
3855
3860
3865
3870
3875
3880
3885
3890
3895
3900
3905
3910
3915
3920
3925
3930
3935
3940
3945
3950
3955
3960
3965
3970
3975
3980
3985
3990
3995
4000
4005
4010
4015
4020
4025
4030
4035
4040
4045
4050
4055
4060
4065
4070
4075
4080
4085
4090
4095
4100
4105
4110
4115
4120
4125
4130
4135
4140
4145
4150
4155
4160
4165
4170
4175
4180
4185
4190
4195
4200
4205
4210
4215
4220
4225
4230
4235
4240
4245
4250
4255
4260
4265
4270
4275
4280
4285
4290
4295
4300
4305
4310
4315
4320
4325
4330
4335
4340
4345
4350
4355
4360
4365
4370
4375
4380
4385
4390
4395
4400
4405
4410
4415
4420
4425
4430
4435
4440
4445
4450
4455
4460
4465
4470
4475
4480
4485
4490
4495
4500
4505
4510
4515
4520
4525
4530
4535
4540
4545
4550
4555
4560
4565
4570
4575
4580
4585
4590
4595
4600
4605
4610
4615
4620
4625
4630
4635
4640
4645
4650
4655
4660
4665
4670
4675
4680
4685
4690
4695
4700
4705
4710
4715
4720
4725
4730
4735
4740
4745
4750
4755
4760
4765
4770
4775
4780
4785
4790
4795
4800
4805
4810
4815
4820
4825
4830
4835
4840
4845
4850
4855
4860
4865
4870
4875
4880
4885
4890
4895
4900
4905
4910
4915
4920
4925
4930
4935
4940
4945
4950
4955
4960
4965
4970
4975
4980
4985
4990
4995
5000
5005
5010
5015
5020
5025
5030
5035
5040
5045
5050
5055
5060
5065
5070
5075
5080
5085
5090
5095
5100
5105
5110
5115
5120
5125
5130
5135
5140
5145
5150
5155
5160
5165
5170
5175
5180
5185
5190
5195
5200
5205
5210
5215
5220
5225
5230
5235
5240
5245
5250
5255
5260
5265
5270
5275
5280
5285
5290
5295
5300
5305
5310
5315
5320
5325
5330
5335
5340
5345
5350
5355
5360
5365
5370
5375
5380
5385
5390
5395
5400
5405
5410
5415
5420
5425
5430
5435
5440
5445
5450
5455
5460
5465
5470
5475
5480
5485
5490
5495
5500
5505
5510
5515
5520
5525
5530
5535
5540
5545
5550
5555
5560
5565
5570
5575
5580
5585
5590
5595
5600
5605
5610
5615
5620
5625
5630
5635
5640
5645
5650
5655
5660
5665
5670
5675
5680
5685
5690
5695
5700
5705
5710
5715
5720
5725
5730
5735
5740
5745
5750
5755
5760
5765
5770
5775
5780
5785
5790
5795
5800
5805
5810
5815
5820
5825
5830
5835
5840
5845
5850
5855
5860
5865
5870
5875
5880
5885
5890
5895
5900
5905
5910
5915
5920
5925
5930
5935
5940
5945
5950
5955
5960
5965
5970
5975
5980
5985
5990
5995
6000
6005
6010
6015
6020
6025
6030
6035
6040
6045
6050
6055
6060
6065
6070
6075
6080
6085
6090
6095
6100
6105
6110
6115
6120
6125
6130
6135
6140
6145
6150
6155
6160
6165
6170
6175
6180
6185
6190
6195
6200
6205
6210
6215
6220
6225
6230
6235
6240
6245
6250
6255
6260
6265
6270
6275
6280
6285
6290
6295
6300
6305
6310
6315
6320
6325
6330
6335
6340
6345
6350
6355
6360
6365
6370
6375
6380
6385
6390
6395
6400
6405
6410
6415
6420
6425
6430
6435
6440
6445
6450
6455
6460
6465
6470
6475
6480
6485
6490
6495
6500
6505
6510
6515
6520
6525
6530
6535
6540
6545
6550
6555
6560
6565
6570
6575
6580
6585
6590
6595
6600
6605
6610
6615
6620
6625
6630
6635
6640
6645
6650
6655
6660
6665
6670
6675
6680
6685
6690
6695
6700
6705
6710
6715
6720
6725
6730
6735
6740
6745
6750
6755
6760
6765
6770
6775
6780
6785
6790
6795
6800
6805
6810
6815
6820
6825
6830
6835
6840
6845
6850
6855
6860
6865
6870
6875
6880
6885
6890
6895
6900
6905
6910
6915
6920
6925
6930
6935
6940
6945
6950
6955
6960
6965
6970
6975
6980
6985
6990
6995
7000
7005
7010
7015
7020
7025
7030
7035
7040
7045
7050
7055
7060
7065
7070
7075
7080
7085
7090
7095
7100
7105
7110
7115
7120
7125
7130
7135
7140
7145
7150
7155
7160
7165
7170
7175
7180
7185
7190
7195
7200
7205
7210
7215
7220
7225
7230
7235
7240
7245
7250
7255
7260
7265
7270
7275
7280
7285
7290
7295
7300
7305
7310
7315
7320
7325
7330
7335
7340
7345
7350
7355
7360
7365
7370
7375
7380
7385
7390
7395
7400
7405
7410
7415
7420
7425
7430
7435
7440
7445
7450
7455
7460
7465
7470
7475
7480
7485
7490
7495
7500
7505
7510
7515
7520
7525
7530
7535
7540
7545
7550
7555
7560
7565
7570
7575
7580
7585
7590
7595
7600
7605
7610
7615
7620
7625
7630
7635
7640
7645
7650
7655
7660
7665
7670
7675
7680
7685
7690
7695
7700
7705
7710
7715
7720
7725
7730
7735
7740
7745
7750
7755
7760
7765
7770
7775
7780
7785
7790
7795
7800
7805
7810
7815
7820
7825
7830
7835
7840
7845
7850
7855
7860
7865
7870
7875
7880
7885
7890
7895
7900
7905
7910
7915
7920
7925
7930
7935
7940
7945
7950
7955
7960
7965
7970
7975
7980
7985
7990
7995
8000
8005
8010
8015
8020
8025
8030
8035
8040
8045
8050
8055
8060
8065
8070
8075
8080
8085
8090
8095
8100
8105
8110
8115
8120
8125
8130
8135
8140
8145
8150
8155
8160
8165
8170
8175
8180
8185
8190
8195
8200
8205
8210
8215
8220
8225
8230
8235
8240
8245
8250
8255
8260
8265
8270
8275
8280
8285
8290
8295
8300
8305
8310
8315
8320
8325
8330
8335
8340
8345
8350
8355
8360
8365
8370
8375
8380
8385
8390
8395
8400
8405
8410
8415
8420
8425
8430
8435
8440
8445
8450
8455
8460
8465
8470
8475
8480
8485
8490
8495
8500
8505
8510
8515
8520
8525
8530
8535
8540
8545
8550
8555
8560
8565
8570
8575
8580
8585
8590
8595
8600
8605
8610
8615
8620
8625
8630
8635
8640
8645
8650
8655
8660
8665
8670
8675
8680
8685
8690
8695
8700
8705
8710
8715
8720
8725
8730
8735
8740
8745
8750
8755
8760
8765
8770
8775
8780
8785
8790
8795
8800
8805
8810
8815
8820
8825
8830
8835
8840
8845
8850
8855
8860
8865
8870
8875
8880
8885
8890
8895
8900
8905
8910
8915
8920
8925
8930
8935
8940
8945
8950
8955
8960
8965
8970
8975
8980
8985
8990
8995
9000
9005
9010
9015
9020
9025
9030
9035
9040
9045
9050
9055
9060
9065
9070
9075
9080
9085
9090
9095
9100
9105
9110
9115
9120
9125
9130
9135
9140
9145
9150
9155
9160
9165
9170
9175
9180
9185
9190
9195
9200
9205
9210
9215
9220
9225
9230
9235
9240
9245
9250
9255
9260
9265
9270
9275
9280
9285
9290
9295
9300
9305
9310
9315
9320
9325
9330
9335
9340
9345
9350
9355
9360
9365
9370
9375
9380
9385
9390
9395
9400
9405
9410
9415
9420
9425
9430
9435
9440
9445
9450
9455
9460
9465
9470
9475
9480
9485
9490
9495
9500
9505
9510
9515
9520
9525
9530
9535
9540
9545
9550
9555
9560
9565
9570
9575
9580
9585
9590
9595
9600
9605
9610
9615
9620
9625
9630
9635
9640
9645
9650
9655
9660
9665
9670
9675
9680
9685
9690
9695
9700
9705
9710
9715
9720
9725
9730
9735
9740
9745
9750
9755
9760
9765
9770
9775
9780
9785
9790
9795
9800
9805
9810
9815
9820
9825
9830
9835
9840
9845
9850
9855
9860
9865
9870
9875
9880
9885
9890
9895
9900
9905
9910
9915
9920
9925
9930
9935
9940
9945
9950
9955
9960
9965
9970
9975
9980
9985
9990
9995
10000
10005
10010
10015
10020
10025
10030
10035
10040
1004

945 Die Abgeltungssteuer wollen wir abschaffen. Wer ~~Die Abgeltungssteuer wollen wir~~ arbeitet sollte nicht mehr Steuern zahlen müssen, als ~~abschaffen~~
jemand der nicht arbeitet. Das ist bei Zinseinkünften
950 aber gegenwärtig der Fall. Private Kapitaleinkünfte
(Zinsen, Dividenden, Veräußerungsgewinn) sollten
daher wie Arbeit wieder mit dem progressiven
Einkommensteuertarif besteuert werden.

Daher soll die Abgeltungssteuer unter Beibehaltung der Quellenbesteuerung abgeschafft werden.

- **Eine höhere Besteuerung von Vermögen**

955 Wir wollen durch eine höhere Besteuerung großer Vermögen eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb der Gesellschaft erreichen. Das gelingt uns durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer, einer Anhebung der Erbschafts- und Schenkungsteuer.

960 965 Wir wollen auch eine Vermögenszuwachsbesteuerung bei Immobilien prüfen. Gewinn aus der Veräußerung privater Immobilien könnten dabei ohne Rücksicht auf Haltefristen mit dem persönlichen Einkommensteuersatz versteuert werden. Bis zur Integration der Abgeltungsteuer in den Einkommensteuertarif könnten die 970 975 Veräußerungsgewinne aus privaten Immobilien mit einer Steuer von 25 Prozent belegt werden.

975 980 Wir wollen eine Vermögensteuer, die eine Substanzbesteuerung ausschließt und damit der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Einzelunternehmen Rechnung trägt. Dazu soll das zwingend erforderliche unternehmerische Vermögen von der Besteuerung ausgenommen werden.

985 990 In Analogie zur Erbschaftsteuer soll auch die Vermögenssteuer hohe Freibeträge (z.B. Eine Million Euro für natürliche Personen und 2 Millionen Euro für Körperschaften) umfassen. Dabei stellen wir sicher, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird.

990 Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erb*innen, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir zurück nehmen.

- **Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT)**

995

1000 Die Bankenrettung in der Finanz- und Wirtschaftskrise hat weltweit mehrere Milliarden Euro gekostet. Nun wird es Zeit, die Banken und Spekulanten, die für diese Krise mitverantwortlich waren, an den Kosten zu beteiligen und schädliche Spekulationen zukünftig einzudämmen. Dazu fordern wir die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Dabei soll die kapitalgedeckte Altersvorsorge durch Anlageverhalten oder Ausnahmen für Pensionsfonds und für private Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht von der FTT weitestgehend unberührt bleiben.

1010 • **Eine europäische Harmonisierung der Körperschaftsteuer**

1015 Bei der Unternehmensbesteuerung in Europa galt sehr lange die Devise „Race to the bottom“, also der Versuch mit einer möglichst niedrigen Besteuerung Unternehmen ins eigene Land zu locken. Dies führte in vielen Ländern zu einem massiven Rückgang der Steuereinnahmen und der Verlagerung von Arbeitsplätzen. Um diesen schädlichen Steuerwettbewerb zu beenden, brauchen wir eine einheitliche europäische Unternehmensbesteuerung. Wir fordern deshalb eine einheitliche Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage und Mindeststeuersätze.

1025 • **Die Stabilisierung der Gemeindesteuern**

1030 Unsere Städte und Gemeinden brauchen eine stabile Einnahmebasis, um weiterhin attraktiver Lebensmittelpunkt für die Menschen zu sein. Die Gewerbesteuer soll daher zu einer ... daher durch Einbeziehung von Gemeindewirtschaftssteuer weiterentwickelt werden. Eine weitere wichtige Einnahmequelle der Kommunen ist die Grundsteuer. Durch die Modernisierung ihrer Bemessungsgrundlage muss der Bestand und die Ertragskraft abgesichert werden.

• **Kinder fördern, nicht Ehen**

1040 Eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft muss dafür Sorge tragen, dass sich Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren lassen. 1958 wurde das Ehegattensplitting zur steuerlichen Förderung der Familie eingeführt. Allerdings hat sich der Familienbegriff in knapp 60 Jahren weiter entwickelt. Daher muss die steuerliche Familienförderung weiterentwickelt werden. Das derzeitige Ehegattensplitting bevorzugt vor allem Alleinverdienerinnen und Ehepaare mit hohen Einkommen – unabhängig ob sie Kinder haben o. der

1050 nicht.

Diese Bevorzugung wollen wir für Neuehen in seiner Wirkung begrenzen. Bestandsehen sollen das derzeitige Ehegattensplitting aber weiterhin nutzen können.

1055
1060 Steuerliche Familienförderung sollte nicht nur einzelne Familienmodelle fördern, sondern allen Familien und insbesondere Kindern zu Gute kommen. Dazu müssen wir an verschiedenen Stellschrauben drehen:

- Der Familienleistungsausgleich soll zielgenauer Familien mit geringen Einkommen fördern. Das Kindergeld wollen wir durch eine Zusammenfassung mit dem Kinderzuschlag einkommensabhängig ausgestalten und insgesamt erhöhen.
 - Vom Entlastungsbetrag für Alleinerziehende profitieren vor allem Bezieher hoher Einkommen. Die meisten Alleinerziehenden beziehen aber gar keine hohen Einkommen. Damit seine Entlastungswirkung allen Alleinerziehenden unabhängig von ihrem zu versteuernden Einkommen in gleicher Weise zu Gute kommt, sollte er in eine Steuerermäßigung **Steuerermäßigung Steuergutschrift** umgewandelt werden.
- 1065
1070
1075
1080
- **Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung**

1085 Die Durchsetzung einer gleichmäßigen Steuererhebung ist Voraussetzung für die Akzeptanz des Steuersystems. Steuerhinterziehung und Steuervermeidung müssen deshalb konsequent bekämpft werden. Dazu brauchen wir:

- Eine bessere Personalausstattung von Justiz und Finanzverwaltung.
- Die Bußgeld- und Strafsachenstellen, die Betriebsprüfung, die Steuerfahndung und die Staatsanwaltschaften müssen verstärkt werden.
- Die Einrichtung einer bundeseinheitlichen Datenbank und einer Bundessteuerfahndung.
- Das Steuergeheimnis sollte endgültig abgeschafft werden.
- Verlängerung der Verjährungsfristen für Steuerbetrug
- Einführung einer Anzeigepflicht für Steuersparmodelle

1090
1095
1100 Durch Umsatzsteuerbetrug entgeht dem Staat jährlich ein Milliardenbetrag an Steuern. Die ehrlichen

- Unternehmer*innen und die Konsument*innen müssen diese Zeche zahlen und Wettbewerbsgleichheit ist verletzt. Daher muss der Umsatzsteuerbetrug durch Kassenmanipulation bekämpft werden und durch die Einführung einer Registrierkassenpflicht mit Belegausgabepflicht eindämmmt werden.
- 1110 Die Empfehlung der OECD zur Bekämpfung der Gewinnverlagerung und Gewinnkürzung multinationaler Unternehmen müssen zügig und vollständig umsetzt werden. Gegen den schädlichen Steuerwettbewerb, etwa durch Gewinnverlagerung, werden wir entschlossen vorgehen.
- 1115 Steuerhinterziehung mittels anonymer Briefkastenfirmen muss durch die ausnahmslose Aufdeckung der Hintermänner beendet werden.
- 1120 Wir wollen Steueroasen trocken legen und vor allem unsere Hausaufgaben innerhalb der EU machen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen
- 1125 Gremien für eine engere und koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen.

1130

Die Bundestagswahl am 24. September entscheidet über die Zukunft unserer Gesellschaft, unseres Sozialstaats und unserer Demokratie – in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik und in Europa. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Es ist Zeit für mehr SPD. Es ist Zeit für Martin Schulz.

1135

Verteilungsgerechtigkeit

Verteilungsgerechtigkeit

Die sozialen Ungleichheiten haben in Deutschland wie überall auf der Welt zugenommen. Dagegen halten wir als Sozialdemokraten eine Politik der gerechten Verteilung für notwendig, in diesem Sinne sind uns 5 besonders folgende Ziele wichtig:

1. Das Ausmaß der Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung, insbesondere die Konzentration des Vermögens an der Spitze bei wenigen Superreichen muss zurückgeführt und dadurch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen »Parallelwelten« der Vermögenden aufgelöst werden. Zugleich müssen Wege gefunden werden, die fortschreitende Finanzialisierung der Wirtschaft auszuhebeln. Der übermäßige Anstieg der Vermögen gegenüber dem Wachstum der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss zurückgeführt und dadurch verhindert werden, dass die Ansprüche der Vermögenden auf den gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand zu Lasten anderer Einkommensgruppen weiter wachsen. Auch müssen politische Instrumente gefunden werden, die Übermacht der Vermögensstarken gegenüber anderen wirtschaftlichen Akteuren abzubauen sowie deren Vermögen wieder stärker für Investitionen im realwirtschaftlichen Bereich heranzuziehen.
2. Reduziert werden muss die Spreizung bei der Einkommensverteilung; dabei müssen die Einkommenslagen am unteren Rand gesichert und so Armut in der Bundesrepublik besser bekämpft sowie die Einkommenslagen am oberen Rand »gedeckelt« werden. Zwar sind in einer arbeitsteiligen Wirtschaft und im Medium Geld die Verdienste der einzelnen nicht berechenbar. Gleichwohl sollen sich die Beiträge der einzelnen zum wirtschaftlichen Gesamtergebnis ihrer Betriebe und Unternehmen wie auch zur gesamten Volkswirtschaft in deren Einkommen widerspiegeln. Dazu muss nicht nur die Spreizung der Einkommen auf ein realistisches Maß zurückgefahren, sondern müssen auch die

Annahme in der Fassung der Antragskommission Zeilen 1 - 199: Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

- 45 Lohnungleichheiten zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen und zwischen Männern und Frauen bereinigt werden.
- 50 3. ArbeitnehmerInnen wirken über ihre Lohnarbeit am gesellschaftlichen Wohlstand mit und sollen über ihren Lohn an diesem angemessen beteiligt werden – und zwar alle. ArbeitnehmerInnen, die in Vollzeit tätig sind, dürfen nicht von zusätzlichen Sozialeinkommen abhängig sein und sollen eine ausreichende Alterssicherung erwarten dürfen.
- 55 4. Dass der Staat die Steuerpflichtigen nach deren Leistungsfähigkeit zur Finanzierung öffentlicher Ausgabe heranzieht, ist gut begründet – und hat sich in der Bundesrepublik auch gut bewährt.
- 60 Die dementsprechende Steuerprogression hat aber in Deutschland an der Spitze Schaden genommen und muss an eben der Spitze wieder hergestellt werden. Notwendig ist es, unerwünschte Steuervermeidungsstrategien und Steuerflucht von den Einkommensstarken zu verhindern sowie die Vermögen stärker bei der Bemessung der Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen.
- 65 5. Obgleich das deutsche Bildungswesen im internationalen Vergleich gut ist, bestehen immer noch zu große Unterschiede bei den Startbedingungen und im Verlauf von Bildung und Ausbildung. Insbesondere ist die soziale Mobilität über die Generationen hinweg beschränkt, so dass die Bildungserfolge immer noch von den Eltern auf ihre Kinder »vererbt« werden und sich Bildungsungleichheiten verfestigen. Deshalb gilt es, die Chancen für Kinder aus einkommensschwachen und bildungsberechtigten Familien in Bildung und Ausbildung zu verbessern.
- 70
- 75
- 80

85 Deshalb beantragen wir folgende Positionen in das Bundestagswahlprogramm 2017 aufzunehmen und im Bundestagswahlkampf offensiv zu vertreten:

1. Steuerpolitik

90 Wir wollen ein Steuersystem schaffen, das nicht nur ein ausreichend hohes Steueraufkommen zur Finanzierung der öffentlichen Hand gewährleistet, sondern durch seine Belastungswirkungen und Lenkungseffekte auch für eine stärkere Umverteilung sorgt:

95 Vermögenssteuer:

Wir wollen die Vermögenssteuer verfassungskonform

100 wieder einführen und dabei durch entsprechende Freibeträge dafür sorgen, dass angemessenes Wohneigentum von dieser Steuer befreit bleibt.

Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer

105 Wir wollen die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen so gestalten, dass Erben großer Vermögen weit stärker zur Kasse gebeten werden als bisher. Bei der Vererbung von Betriebsvermögen soll eine Sicherung von Arbeitsplätzen über die Stundung der Erbschaftssteuer und nicht über deren Erlass erreicht werden.

Grundsteuer

115 120 Die Grundsteuer soll so umgestaltet werden, dass sie einen deutlichen ökologischen Aspekt gewinnt. Der ungenutzten Vorratshaltung von Bauland soll entgegengewirkt und eine intensivere Nutzung von innerörtlichen Flächen erreicht werden. Damit soll dem Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr entgegengewirkt werden.

Einkommensteuer

125 130 Wir wollen die Senkung des Spitzensteuersatzes rückgängig machen. Hohe Einkommen wollen wir weit stärker besteuern als bisher. Kapitaleinkommen wollen wir, wie andere Einkommen auch, nach dem persönlichen Steuersatz und nicht mehr mit einem pauschalen Steuersatz (Zinsabgeltung) besteuern.

Steuerhinterziehung:

135 140 Steuerbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen als bisher. Dazu wollen wir vor allem die Finanzverwaltung personell verstärken. Betriebsprüfungen sollen bundesweit mit gleicher Häufigkeit und Regelmäßigkeit erfolgen. Steuerflucht und Steuerhinterziehung muss – insbesondere durch internationale Kooperation und Absprachen – noch effektiver und dauerhaft bekämpft werden.

2. Vermögenspolitik

145 150 Eine stärkere Besteuerung der Vermögen und der Erbschaften allein wird den extrem hohen Ungleichheiten bei den Vermögen nicht wirksam begegnen können. Wir halten deswegen eine wirksamere Förderung der Vermögensbildung, eine Absicherung von kleinen Vermögen sowie den Aufbau

eines öffentlichen Vermögens für notwendig.

155 Wir wollen eine Verbesserung der staatlichen Vermögensbildung. Staatliche Prämien zur Vermögensbildung sollten auf ihre Wirksamkeit und Kosteneffizienz überprüft werden, ggf. sollten feste Einkommensgrenzen durch flexible Prämienmodelle abgelöst werden. Mitarbeiterbeteiligungen sollten gefördert und für (möglichst) alle Rechtsformen gesetzlich ermöglicht werden. Eigentumsähnliche Beteiligungen sollten gegenüber derivativen Anlageformen steuerlich besser gestellt sein. Darlehen von privaten Darlehensgebern dürfen steuerlich und rechtlich nicht benachteiligt sein.

160 165 170 175 Wir schlagen vor, einen Kapitalstock im öffentlichen Eigentum aufzubauen und die Renditen an die BuB in Form einer sozialen Dividende steuerfrei und ohne Anrechnung auf Sozialleistungen auszuzahlen. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Dividenden in den öffentlichen Kapitalstock zu reinvestieren. Besonders sympathisch wäre die einmalige Auszahlung der sozialen Dividende an junge Erwachsene als frei verfügbares »Startkapital« für ein selbst bestimmtes Leben.

3. Finanzmarktpolitik

180 185 Das Geschehen an den weltweiten Finanzmärkten hat unmittelbaren Einfluss auf Zentrale Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. Eine aktive, gestaltende und regulierende Finanzmarktpolitik muss daher zu einem wesentlichen Bestandteil sozialdemokratischer Politik werden. Wir fordern:

190 195 200 Es dürfen nur die Finanzprodukte angeboten und gehandelt werden, die den Interessen der Realwirtschaft dienen und die Finanzialisierung der Ökonomie nicht weiter vorantreiben. Wir wollen mehr Nachhaltigkeit bei der nationalen und globalen Geschäftstätigkeit erreichen und die „Casino-Mentalität“ zurückdrängen. Der Handel mit Aktien und anderen Wertpapieren soll entschleunigt werden, er soll sich am mittel- und langfristigen Erfolg eines Unternehmens orientieren. Der Hochfrequenzhandel muss durch eine geeignete Transaktionssteuer (Modell TOBIN) verteuert werden. Die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln und Trinkwasser muss unterbunden werden.

Diskriminierungsfreier Zugang zu den Finanz- und Annahme Kapitalmärkten ist als eine Voraussetzung zur Demokratisierung des Wirtschaftssystems und einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung anzusehen. Um

205 der starken Informationsasymmetrie der Teilnehmer gerecht zu werden, bedarf es wirksamen Verbraucherschutzes und asymmetrischer Rechte zugunsten von Kleinanlegern.

210 Von der Teilnahme am Zahlungsverkehr darf niemand Annahme aufgrund der Einkommens- oder Vermögenssituation ausgeschlossen werden. Bei der Gewährung von Darlehen an Verbraucher muss seitens des gewerblichen Darlehensgebers eine gewissenhafte Prüfung mit entsprechender Haftung im Hinblick auf 215 die Überforderung des Darlehensnehmers erfolgen.

220 Vorgänge auf öffentlichen Kapitalmärkten müssen für Annahme alle Beteiligten und alle Betroffenen gleichzeitig und transparent erfolgen. Insiderhandel, Kursmanipulationen und sonstige Vermögensdelikte müssen durch Regulierung und strafrechtliche Verfolgung eingeschränkt bzw. verhindert werden. Klein- und Kleinstbeteiligten müssen gegenüber Groß- und Mehrheitsanteilseignern wirksame Rechtsmittel 225 außerhalb des zivilrechtlichen Rechtsweges ermöglicht werden.

230 Anlage- und Versicherungsverträge mit langen Annahme Laufzeiten müssen durch gesetzliche Regelungen für beide Vertragspartner eindeutig geregelt sein. Bei Vertragstypen mit (steuer-)gesetzlicher Begünstigung muss eine Vergleichbarkeit für die Verbraucher gewährleistet sein, Vertragsänderungen dürfen hier nicht einseitig erfolgen. Vertriebs- und 235 Abschlussprovisionen sind als Kosten des Anbieters zu sehen und sollen von diesem getragen werden. Verkaufsgespräche dürfen nicht als Beratung bezeichnet und dargestellt werden.

240 4. Einkommenspolitik ab Zeile 240: Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.
Lohn- und Tarifpolitik

245 Wir wollen durch politische Anreize die Tarifbindung stärken und das Tarifvertragssystem stabilisieren. Dadurch wird eine übermäßige Spreizung bei den Arbeitsentgelten verhindert. Außerdem profitieren dann mehr Beschäftigte von den erfahrungsgemäß höheren Steigerung von Tariflöhnen.

250 Wir verlangen von den Tarifparteien, der Schere bei den Löhnen entgegen zu wirken und dazu insbesondere die Löhne in den unteren Lohngruppen anzuheben.

255 Die Instrumente der Leih-, Zeit- und Werkvertragsarbeit sind auf die gesellschaftlich

sinnvolle Nutzung zu beschränken. Prekäre Formen sind zu verhindern.

260 Wir fordern die Abschaffung oder zumindest Minderung der kalten Steuerprogression bis zum mittleren Einkommensbereich, damit Tarifsteigerungen tatsächlich zu Nettoeinkommenszuwachsen führen können.

265 Der Mindestlohn muss auch zukünftig zeitnah und realistisch angepasst werden.

Managergehälter

270 Wir wollen die Manager stärker in die Haftung nehmen. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile dürfen nur bei einwandfreier Tätigkeit gewährt werden. Verschuldensabhängige Schadensersatzansprüche

275 müssen zu einer Herabsetzung der Erfolgsbeteiligung führen, selbst wenn eine vertragliche Haftungsfreistellung vereinbart wurde. Bonuszahlungen für Manager müssen an den langfristigen Betriebserfolg gebunden werden.

5. Sozial- und Gesellschaftspolitik

280 Die Sozialversicherung muss auf breitere Schultern verteilt werden. Daher fordern wir den Einstieg in die „Bürgerversicherung“ bei der Kranken- und Pflegeversicherung. Ein weiteres Abweichen von der Beitragsparität in der Sozialversicherung lehnen wir entschieden ab. Eine stark veränderte Arbeitswelt kann die Beteiligung der Unternehmen am Sozialversicherungswesen durch einen

290 lohnunabhängigen Beitrag erforderlich machen.

295 Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus muss verhindert werden. Zudem werden wir die Erwerbsunfähigkeitsversicherung weiter stärken.

300 Den finanziell besonders belastenden Herausforderungen der Familien muss wirksam begegnet werden. Die Verringerung der gesetzlichen Rente durch Elternzeit muss durch Erziehungszeiten für beide erziehenden und versorgenden Elternteile sowie durch beitragsfreie Rentenanwartschaften aus dem Elterngeldbezug kompensiert werden. Die Pflege von Angehörigen darf nicht zur eigenen Altersarmut führen, ergänzende Rentenansprüche müssen den Pflegenden gewährt werden.

Wir wollen, dass die Betreuung von Kindern kostenfrei ist. Dies zu gewährleisten, kann nicht allein Aufgabe

310 der Kommunen sein.

Wir werden das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting entwickeln, das sich an der Zahl der Kinder und nicht am Trauschein orientiert.

315

Betroffene müssen staatliche Unterstützung unkompliziert und direkt in Anspruch nehmen können. Transparenz hinsichtlich des sozialen Sicherungssystem und des Angebotes an sozialen Leistungen muss durch lokale Beratungsstellen gewährleistet werden. Wir werden das Schonvermögen weiter anheben.

320

Wohnen ist Grundrecht, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss durch den Staat ermöglicht, gefördert und gewährleistet oder im Zweifelsfall selbst verwirklicht werden. Wir werden die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einführen.

325

Der Weg zum Arbeitsplatz oder zur Bildungsstätte darf das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommens nicht über Gebühr belasten. Wir setzen uns daher für einen kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehr und die Übernahme der Schülerbeförderungskosten ein.

335

6. Europapolitik

340

Mittel- und langfristig müssen wir Verteilungsgerechtigkeit weit mehr als bislang im europäischen Kontext denken. Die EU braucht ein soziales Fundament. Deshalb bleibt die Harmonisierung der Finanz- und Sozialpolitik wesentliches Ziel. Die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer muss vereinheitlicht werden. Ein Standortwettbewerb durch Unterbieten bei den Unternehmenssteuersätzen zwischen verschiedenen Staaten ist im Sinn der Angleichung der Lebensverhältnisse nicht zielführend und muss verhindert werden. Sozialstaatliche Leistungen haben sich innerhalb der EU sehr unterschiedlich entwickelt, die nicht ohne Not vereinheitlicht werden müssen. In einem ersten Schritt wollen wir aber eine europäische Arbeitslosenversicherung einführen.

345

350

Antragsbegründung

355

360

Die sozialen Ungleichheiten haben in Deutschland wie überall auf der Welt zugenommen. Von dieser Entwicklung besonders betroffen ist die Vermögensungleichheit. Dabei ist die Dynamik der Zunahme ungebrochen, so dass die sozialen Ungleichheiten weiter wachsen werden, – wenn es nicht gelingt, diese Dynamik durch geeignete

Politikansätze zu stoppen und umzukehren. Für diese Politik steht die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit ein. Ihr wird es im Bundestagswahlkampf vor allem darum gehen, für die notwendigen Schritte für ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland, Europa und weltweit politisch zu streiten und in Deutschland mehrheitsfähig zu machen. Dabei wird sie sich allen Bestrebungen widersetzen, die politische Aufmerksamkeit von der wichtigen Frage der sozialen Ungleichheiten auf Ressentiments gegen Fremde umzulenken und die politischen Konflikte um eine gerechtere Verteilung in Konflikte zwischen »uns« und »anderen« umzudeuten.

Unterschiedliche Lebensentwürfe realisieren sich in unterschiedlichen sozialen Positionen. Diesen sozialen Unterschieden und Ungleichheiten widersetzt sich sozialdemokratische Politik nicht grundsätzlich; sie sucht diese aber am Maßstab der »sozialen Demokratie« zu orientieren: Eine »soziale Demokratie« ist in einer Gesellschaft erreicht, in der alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten haben, an den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft teilzuhaben und sich an deren Entwicklung zu beteiligen – und in der die Beiträge der einzelnen und der sozialen Gruppen für das Fortkommen der Gesellschaft und für deren Wohlstand und Wohlfahrt anerkannt werden. Bei allen sozialen Ungleichheiten sind sich in einer »sozialen Demokratie« alle Bürgerinnen und Bürger zumindest in ihren gleichen Rechten und gleichen Chancen der Teilhabe und der Beteiligung gleich. Von daher sind alle soziale Ungleichheiten in der »sozialen Demokratie« so zu begrenzen, dass diese ursprüngliche Gleichheit gewährleistet wird. Außerdem muss für maximale gesellschaftliche Durchlässigkeit gesorgt werden, so dass alle Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, ihre sozialen Positionen zu verlassen und prinzipiell alle anderen Positionen im Gefüge der sozialen Ungleichheiten anzustreben. Als einer Partei, die ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung hat und sich von daher auch heute den Interessen der arbeitenden Menschen besonders verpflichtet weiß, besteht die SPD insbesondere auf die Anerkennung der Leistungen derer, die ihr Einkommen aus der Erwerbsarbeit beziehen, mit ihrer Arbeit zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen und über ihren Erwerb an diesem Wohlstand teilhaben.

Probleme der Verteilung dürfen gesellschaftlich nicht länger dadurch bewältigt werden, dass ökologische Ressourcen stärker ausgebaut und die Umwelt stärker mit Emissionen belastet werden. Im Gegenteil: Um

allen Menschen dieser Welt, aber auch um zukünftigen Menschen ein angemesseneres Leben zu ermöglichen, müssen wir bei der Produktion des gesellschaftlichen Wohlstands den Umweltverbrauch und die 420 Umweltbelastung zurückfahren – und müssen dies auch bei der Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands berücksichtigen. Im politischen Ziel der »Nachhaltigkeit« war von Anfang an die sozialdemokratische Idee mitgedacht, dass eine 425 zukunftsfähige Umweltnutzung und -belastung mit einer gerechten Verteilung bereits in der Gegenwart verbunden sein muss. Mehr Nachhaltigkeit darf nicht auf Kosten der Einkommensschwachen gehen. Das gilt unter anderem für Kosten der Energie und Mobilität 430 genauso wie für die Gesundheit. In einer »sozialen Demokratie« haben alle Menschen die gleichen Ansprüche auf die ökologischen Ressourcen und auf die Gestaltung ihrer gemeinsamen Umwelt – und müssen diese gleichen Ansprüche auch bei einer 435 größeren Nachhaltigkeit ihres gemeinsamen Umweltverbrauchs und ihrer Umweltbelastung realisieren können. Zukunftsfähige Umweltnutzung und Verteilungsgerechtigkeit sind für die SPD zwei Seiten der einen Medaille »Nachhaltigkeit«.

440 Vor den Anforderungen der »sozialen Demokratie« her ist das hohe Ausmaß an sozialen Ungleichheiten in der Welt und in Europa, aber auch die sozialen Ungleichheiten in Deutschland kritisch zu beurteilen. 445 Durch das Ausmaß der Ungleichheiten, nicht zuletzt durch die Spreizung der Einkommen und Vermögen werden nämlich die gleiche Teilhabe und Beteiligung verletzt, wird die soziale Mobilität beeinträchtigt und die sozial gerechte Nachhaltigkeit verhindert. Dabei 450 werden aber nicht nur sozialdemokratische Gerechtigkeitsideale nicht erreicht. Vielmehr werden in der Bundesrepublik der soziale Friede und die gesellschaftliche Zusammengehörigkeit, nicht zuletzt auch die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit 455 bedroht. In Europa und weltweit wirkt das Ausmaß der Ungleichheiten destabilisierend; beeinträchtigt wird die politische Integration Europas und das friedliche Zusammenleben der Völker. Gleichwohl wird das Ausmaß der sozialen Ungleichheiten wegen deren ungebremsten Entwicklungsdynamik weiter wachsen. 460 Die politische Herausforderung in Europa und weltweit, aber eben auch in Deutschland bis auf die kommunale Ebene hinab besteht deswegen darin, die sozialen Ungleichheiten zurückfahren und die Dynamik bei der Zunahme der sozialen Ungleichheiten zu 465 bremsen, mehr noch zu stoppen und umzukehren.

Dieser Herausforderung stellt sich die SPD: In den

470 Zeiten der rot-grünen Bundesregierung hat sie sich
besonders für die Integration aller Erwerbspersonen in
Beschäftigung und für größere Bildungschancen für
bildungserne Haushalte eingesetzt. Womöglich hat sie
dabei die Möglichkeiten von Beschäftigung und
Bildung für die Eindämmung der sozialen
475 Ungleichheiten überschätzt – und unterschätzt, wie
Beschäftigung und Bildung von der Dynamik der
sozialen Ungleichheiten dominiert werden. In den
vergangenen Jahren hat die SPD deswegen nach neuen
480 verteilungspolitischen Wegen gesucht und z.B. im
Instrument des Mindestlohns einen gefunden, um die
Motoren der sozialen Ungleichheiten zu stoppen und
das Ausmaß der Ungleichheiten zurückzufahren. Auf
diesem Weg wird die SPD politisch weitergehen – und
weiß sich vor die große Aufgabe gestellt, nach neuen,
485 politisch eventuell schwer vermittelbaren und z.T. noch
unbekannten Instrumenten zu suchen, für diese
politisch zu mobilisieren und sie umzusetzen, um die
Entwicklungs dynamik der sozialen Ungleichheiten, um
allen voran die Zunahme der Vermögensungleichheit
490 umzukehren.

Erläuterungen, Hinweise, Zahlen und Fakten

zur Erbschaftssteuer:

495 Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland
jährlich rund 250 Milliarden Euro vererbt werden. Die
Einnahmen des Staates aus der Erbschaftssteuer lagen
im Jahr 2015 aber bei lediglich rund 6,5 Milliarden
500 Euro. Im Gegensatz dazu betrug das
Tabaksteueraufkommen im selben Jahr allein fast 15
Milliarden Euro!

Zur Tarifpolitik:

505 Laut Hans-Böckler-Stiftung sind in den letzten
Jahrzehnten die Löhne in Betrieben, in denen
Tarifverträge galten, deutlich stärker gestiegen als in
den ungebundenen Betrieben.

510

Antragsbereich BTW/ **Antrag 3**

*Kennnummer 9144
Kreisverband Lörrach*

Gute Arbeit für die Zukunft

Gute Arbeit für die Zukunft

Wir fordern gleicher Lohn für gleiche Arbeit:

- Gleiche Bezahlung von Mann und Frau bei gleichen Aufgaben
- Gleicher Lohn für Leiharbeiter und bei Werkverträgen
- Tarifbindung und deren Allgemeinverbindlichkeit fördern

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

5

Der Mindestlohn sichert faire Bezahlung, daher:

- 10
- kontrollieren, nachbessern und erhöhen
 - keine Ausnahmen für z.B. Flüchtlinge zulassen

Gute Arbeit für die Zukunft gewährleisten:

- 15
- Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in globalen Konzernen sichern
 - Flexible Arbeitszeiten für Arbeitnehmer fördern
 - Gesellschaftliche Debatte anstoßen: Was ist uns Arbeit im Erziehungs- und Pflegebereich wert?
- 20
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Ausländische Abschlüsse leichter anerkennen

Arbeitgeber verpflichten für zu Investitionen in die Qualifizierung der Beschäftigten Fort- und Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer zu sorgen

25

Begründung:

30 Arbeit definiert den Menschen, sichert das Einkommen und gibt Sinn. Und wir definieren unsere Arbeitswelt und die Bedingungen, zu welchen wir unsere Arbeits- und Schaffenskraft einbringen. Die SPD will dafür faire und gerechte Bedingungen.

Bürgerversicherung

Bürgerversicherung

Wir fordern:

- eine Bürgerversicherung für jede Bürgerin und jeden Bürger, unter Einbeziehung aller Einkommensarten
- eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung: starke Schultern tragen mehr
- Ausbau der Pflegeversorgung durch eine staatlich einheitliche Pflegekasse
- Transparenz in der Abrechnung von medizinischen Leistungen
- Wir sprechen uns zudem gegen die totale Überwachung im Gesundheitssystem aus. Es darf keinen gläsernen Patienten geben. Im Zeitalter der Digitalisierung liebäugelt die Versicherungswirtschaft jedoch damit, uns u.a. mit elektronischen Gesundheitsbändern rund um die Uhr zu vermessen. Damit droht nicht nur Unfreiheit, sondern langfristig die Aushöhlung des solidarischen Kerns des Versicherungsprinzips.

5 Daher sind wir gegen einen (wirtschaftlichen) Zwang durch elektronische Gesundheitsüberwachung.

10

15

20

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission sowie durch Beschlusslage.

Begründung:

25 Gute Gesundheit gehört zu den grundlegendsten menschlichen Bedürfnissen. Krankheiten machen dabei keinen Unterschied zwischen Arm und Reich - unsere Gesundheitsversorgung hingegen schon. Das müssen wir ändern: Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf gute Gesundheits- und Pflegeleistungen, unabhängig von Vermögen oder Beruf.

30

Sozialdemokratische Ziele in der Rentenpolitik

**Sozialdemokratische
Ziele in der
Rentenpolitik**

Wir fordern folgende sozialdemokratische Ziele in der Rentenpolitik: Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

- Die umlagefinanzierte, solidarische Rente muss wieder zur Hauptsäule der Altersversorgung gemacht werden
- Das gesetzliche Rentenniveau muss deutlich oberhalb von 50% stabilisiert und damit lebensstandardsichernd ausgestaltet werden
- Die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren sind so zu modifizieren, dass bei denjenigen Versicherten mit niedrigen Einkommen keine Altersarmut droht
- Für die Zukunft soll in Schritten eine Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status (Arbeitnehmer/in, Beamte, Selbständige) angestrebt werden
- Keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme (z.B. Riesterrente)
- Alle Einkommensarten sollen in die Sozial- und Rentenversicherung aufgenommen werden

Begründung:

Die SPD will Sicherheit im Alter über eine durch Arbeit solidarisch erwirtschaftete Rente. Wir dürfen die Menschen nicht sehenden Auges in die Altersarmut „arbeiten“ lassen.

Antragsbereich BTW/ **Antrag 6**

Kennnummer 9148

AfA Baden-Württemberg

Rente mindestens 50%

Rente mindestens 50%

Die SPD strebt eine langfristige Niveausteigerung der gesetzlichen Rente auf mindestens 50% an.

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

Begründung:

5

Mündlich

Antragsbereich BTW/ **Antrag 7**

Kennnummer 9137

Kreisverband Lörrach

Einkommenssteuer - Vermögenssteuer

Einkommenssteuer - Vermögenssteuer

Wir fordern:

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

1. Absenkung der Einkommenssteuer für kleinere und mittlere Einkommen („Absenkung des Mittelstandsbauches“);
2. Eine sozial ausdifferenzierte Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz
3. Kapitalerträge sollen wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden; höhere Kapitaleinkünfte müssen zu einem entsprechend höheren Steuersatz versteuert werden.
4. Steuerpflicht für im Ausland lebende Deutsche (analog US-Vorgehen)
5. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden oder zu mindestens eine Erbschaftssteuer die wirksam ist, damit das Leistungsprinzip gilt und nicht Erbdynastien entscheidend sind
6. Über Prüfung von Steuerprivilegien
7. Mehr Steuerfahnder und schärfere Strafen gegenüber Steuerbetrügern und Beratern, die zu Steuerbetrug animieren

20 **Begründung:**

Immer mehr Menschen fühlen sich durch ihr niedriges Einkommen in Deutschland abgehängt. Auf der andern Seite häuft sich zunehmend

- 25 das Vermögen bei wenigen. Die Vermögensschere in Deutschland geht immer weiter auf. Dies bedroht unsere Demokratie und unsere Gesellschaft. Daher muss unsere SPD verstärkt auf soziale Gerechtigkeit drängen. Unser altes Steuersystem haftet reaktionär an längst überkommenen Prinzipien. Gesellschaftliche Entwicklungen müssen auch im Steuersystem reflektiert werden
- 30 Besteuerung muss fairer werden: Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen sollen entlastet werden und Vermögenden ihren fairen Beitrag leisten.
- 35 Faire Steuern gelten nicht nur für Privatpersonen, sondern müssen erst recht für Firmen gelten: Denn Flucht des Kapitals vor der Ausübung sozialer Verantwortung in unserem Land muss ein Ende gesetzt werden. Die Panama-Papers, Luxemburg-Leaks und das Steuerverhalten von Konzernen wie Apple zeigen aktuell aber 40 enormen Handlungsbedarf auf. Steuerschlupflöcher müssen gestopft, Steueroasen trockengelegt und die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Antragsbereich BTW/ Antrag 8

*Kennnummer 9142
Kreisverband Lörrach*

Wohnungsbauförderung

Wohnungsbau- förderung

Wir fordern:

- eine massive Erhöhung der Fördermittel für Wohnungsbau von Land und Bund für den Miet- und Sozialmietwohnungsbau
- die Wohnungsbauförderung konzentrieren auf Wohnbauten mit einer Sozialbindung, die nicht nach 10 Jahren ausläuft. Die Wohnungen sind deshalb vom Land oder von den vom Land entsprechend finanziell unterstützten Kommunen zu schaffen und anschließend zu verwalten
- die Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften
- die Kopplung der Eigentumsförderung an eine Einkommensgrenzen für Neubauten, gebrauchte Immobilien und den Erwerb von Genossenschaftsanteilen
- die Mietpreisbremse stärken; Einführung eines verpflichtenden, qualifizierten Mietspiegels für Kommunen
- ein Minimum an sozialverträglichen Wohnraum als Auflage für Neubaugebiete
- eine Verschlankung der Bauordnung
- Bebauung kommunaler Grundstücke vorrangig mit sozialer Bindung, kein Verkauf zu Höchstpreisen an private Investoren

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

5

10

15

20

oder Immobiliengruppen

Begründung:

25

Es ist eine klare staatliche Aufgabe, für genügend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir erleben aber einen enormen und immer noch ansteigenden Druck auf den Wohnungsmarkt. Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, insbesondere Familien und Alleinerziehende, können sich die Mieten nicht mehr leisten. Wohnen wird immer mehr zum Luxus!

30

Antragsbereich BTW/ Antrag 9

Kennnummer 9159

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Sozial 4.0 - Unserer Zukunft: frei, gerecht und digital

**Sozial 4.0 -
Unserer Zukunft:
frei, gerecht und
digital**

5 Unsere Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur befinden sich in einem globalen und tiefgreifenden Umbruch: Die digitale Revolution hat unser Leben in kürzester Zeit tiefgreifend verändert. Dabei gelingt es der Politik aktuell nicht, diesen rasanten Prozess zu steuern. Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche liegen dabei oft nah beieinander. Die Realität ist den nötigen, tiefgreifenden Reformprozessen voraus. Wir als SPD haben den Anspruch, die Digitalisierung politisch zu gestalten. Wir wollen Antworten darauf geben, wie unser Verständnis einer gerechten, freien und solidarischen Gesellschaft im digitalen Zeitalter aussieht. Dabei ist die Politik in der Pflicht, Regeln und Gesetze zu schaffen, damit durch 10 das Internet nicht das Recht des/der Stärkeren Einzug erhält

10

15

15 Es braucht eine neue Ordnung, die den Schutz von BürgerInnenrechten und der Freiheit jedes/jeder Einzelnen auch in Zeiten von großflächiger Datenerhebung gewährleistet. Der Wandel der Arbeitswelt geht mit konkreten Chancen und Risiken für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen einher und auch die Art und Weise unseres Wirtschaftens steht mit der Vernetzung und Industrie 4.0 vor tiefgreifenden Veränderungen. Es muss gelingen, die Menschen bei dieser Entwicklung nicht außen vor zu lassen und durch Bildung und Vorbereitung für die digitale Welt zu wappnen. Hierfür wollen wir 20 SozialdemokratInnen unsere Antworten geben, mit denen wir diesen politischen Prozess gestalten können.

20

25 Dabei wissen wir: Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik, ob bei BürgerInnenrechten, der Arbeit, Wirtschaft oder Bildung –

Überweisung an die Projektgruppe "Zukunft der Arbeit".

verschiedenste Reformen müssen in Gang gesetzt werden, um ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen. BürgerInnenrechte und Demokratie 4.0 Für uns als SPD ist klar: Mit der Digitalisierung haben sich die Anforderungen an unsere grundlegenden Rechte und Freiheiten verändert. Wir stehen für eine vernetzte Gesellschaft, in der unveräußerliche Rechte die Teilhabe für alle Menschen gewährleisten werden müssen. Deshalb sprechen wir uns für einen uneinschränkbaren Rechtsanspruch auf Internetzugang aus. Jeder Mensch muss die Hoheit über seine eigenen Daten beibehalten und hat einen Anspruch auf Datensouveränität. Dabei ist unser Anspruch als SozialdemokratInnen, die Selbstbestimmtheit und Freiheit auch in Zeiten von Algorithmen zur NutzerInnenanalyse und zielgerichteten Verhaltensvorhersage zu gewährleisten. Wir stehen für ein Internet, in dem Meinungsfreiheit und -pluralität genauso gewährleistet werden wie der Schutz vor Hass, Hetze und Beleidigung und die konsequente Strafverfolgung von im Besonderen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Internetkriminalität.

Mit der Digitalisierung entstehen neue Herausforderungen, für eine gerechte Teilhabe an der digitalen Wertschöpfung zu sorgen und gleichzeitig das Netz als neutralen Raum zu verstehen, in dem ein Kräftegleichgewicht zwischen den einzelnen AkteurInnen gewährleistet sein muss und kein Recht des Stärkeren vorherrschen darf.

Zu einer gerechten Gesellschaft gehört für uns allerdings auch das Recht darauf, zwischen digitaler und analoger Welt zu wählen. Deshalb muss die Teilhabe an unserer Gesellschaft, am Arbeitsleben und der Kultur auch weiterhin den Menschen offen stehen, die an der digitalen Gesellschaft nicht teilhaben können oder wollen.

Meine Daten gehören mir – Datensouveränität gewährleisten

Für uns ist klar: Jeder Mensch hat das Recht über seine persönlichen Daten selbst zu bestimmen. Die Daten gehören nicht dem Unternehmen, das diese sammelt, sondern dem Verbraucher oder der Verbraucherin. Deswegen treten wir für das Recht jedes Verbrauchers und jeder Verbraucherin ein, auf Wunsch alle erhobenen personenbezogenen Daten in einem offenen, standardisierten Format bei einem Anbieter herunterzuladen und bei Bedarf vollständig löschen zu lassen. Damit wird nicht nur ein AnbieterInnenwechsel erleichtert, sondern auch die Privatsphäre gestärkt.

Wir sprechen uns für eine gesetzliche Regelung aus, die gewährleistet, dass NutzerInnen über das Speichern, Verwenden, Verarbeiten sowie die Art und Weise des Umfangs leicht verständlich und vollständig informiert werden müssen. Daher fordern wir, dass alle NutzerInnen regelmäßig vom Unternehmen, das die Daten sammelt, einen Datenbrief, optional in Papierform, erhalten. Für uns ist klar: Die Kosten für einen Datenbrief dürfen nicht auf die NutzerInnen abgewälzt werden. Wir fordern außerdem, dass erhobene Daten mit Personenbezug einer strengen Zweckbindung unterliegen. Das bedeutet, dass ausschließlich Daten mit expliziter Zustimmung der

85 NutzerInnen für den genannten Zweck genutzt werden dürfen. Sie dürfen nur nach Zustimmung an Dritte weitergeleitet werden. Es dürfen keine Daten ohne Zustimmung erhoben werden. Jegliche personenbezogenen Daten, die ohne Zustimmung erhoben werden, müssen vernichtet werden und dürfen nicht genutzt werden. Um zu gewährleisten, dass Daten mit Personenbezug nicht dauerhaft verfügbar sind, fordern wir ein gesetzlich verankertes Recht auf Vergessenwerden. Personenbezogene Daten sollen sich automatisch nach drei Monaten löschen - außer der Nutzer wünscht es anders.

90 Dieser Mechanismus soll jedoch, wie alle anderen Privatsphäreinstellungen nicht erst vom Nutzer eingestellt, sondern schon als Grundeinstellung nach dem Privacy-by-Default-Prinzip bestehen. Das Privacy-by-Design-Prinzip soll für InternetdienstleisterInnen zur Pflicht werden. Daher begrüßen wir die

95 aktuellen Entwicklungen bezüglich der Datenschutzgrundverordnung.

100 Ein Recht auf Vergessenwerden darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, Meinungsfreiheit im Internet einzuschränken - hier gilt es einen Ausgleich zwischen Persönlichkeitsrecht und Recht auf freie Meinungsäußerung zu finden. In Streitfällen sollen Gerichte über Löschungen entscheiden, anstatt, wie bisher, die jeweiligen Unternehmen.

105 Das Sammeln und Auswerten von Daten nimmt für Unternehmen einen immer höheren wirtschaftlichen Wert ein. Die durch die NutzerInnengemeinschaft erzeugten Daten kommen in teils unverhältnismäßigem Ausmaß den Unternehmen zugute, während VerbraucherInnen und die Öffentlichkeit nicht ausreichend profitieren.

110 Das Sammeln von Daten bringt auch für die Unternehmen eine große Verantwortung mit sich. Wir wollen deswegen Daten sammelnde Unternehmen dazu verpflichten, jährlich zu veröffentlichen, wie sie für den Schutz der Daten der VerbraucherInnen Sorge tragen.

115 Für uns stellen personenunabhängige Daten allerdings ein Allgemeingut dar, ihre Nutzung darf der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Deshalb sprechen wir uns für eine rechtlich bindende Verpflichtung aus, anonymisierte NutzerInnendaten nach einer angemessenen Zeit der Allgemeinheit für private wie wirtschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen, ohne dass entsprechende Zugangsbarrieren einen Zugriff erschweren. Dieses Open Data-Prinzip soll für Unternehmen wie Behörden gleichermaßen gelten.

125 Staatliche Aufgabe: Datenschutz statt Datenmissbrauch

130 Auch der Staat sammelt immer mehr Daten über seine BürgerInnen. Wir sind uns bewusst, dass dies zu einem gewissen Anteil auch gerechtfertigt ist, um bestmöglich das Zusammenleben zu regeln und Abläufe effizient gestalten zu können. Doch sind es insbesondere diese Daten, die den BürgerInnen gehören. Eine ökonomische Nutzung personenbezogener Daten durch den Staat lehnen wir daher ab.

Insbesondere höchstpersönliche Daten sind für uns besonders

135 schützenswert. Pauschale Einschränkungen und Eingriffe in die persönlichen Sphären dürfen deshalb niemals flächendeckend und pauschal erfolgen, sondern müssen Ausnahmen unter strengen Auflagen bleiben. Hierbei müssen insbesondere die Grundrechte wie die Unschuldsvermutung und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewahrt werden.

140 Wir wissen: Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit. Deswegen lehnen wir Überwachung, außer im begründeten Verdachtsfall, ab. Staatlicher Überwachung stehen wir kritisch gegenüber. Deshalb lehnen wir die verdachtsunabhängige 145 Vorratsdatenspeicherung auch weiterhin ab und sprechen uns für eine Abschaffung der Speicherpflicht und für eine Höchstspeicherfrist von Verbindungsdaten aus. Niemals darf ein Nachrichtendienst oder Verfassungsschutz unbeschränkt auf die akkumulierten Daten zugreifen können. Außerdem fordern wir eine Aufwertung der 150 Datenschutzbeauftragten in Land und Bund gegenüber öffentlichen Einrichtungen und den Sicherheitsbehörden, um Kontrolle zu üben und die Öffentlichkeit informiert zu halten.

155 Insbesondere die Geheimdienste erhalten durch die Vielzahl an Daten nie gekannte Möglichkeiten. Die Politik muss sicherstellen, dass Geheimdienste im Sinne der BürgerInnen handeln und nicht gegen deren Interessen. Wie die Entwicklungen rund um den NSA-Skandal gezeigt haben, hat die parlamentarische Kontrolle von Geheimdiensten offenbar ihren Zweck verfehlt. Wir fordern deshalb eine stärkere 160 Regulierung der Geheimdienste und Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle. Die parlamentarischen Kontrollgremien des Bundes und der Länder müssen deshalb mit mehr Personal- und Sachmitteln ausgestattet werden. Die Abgeordneten müssen mit mehr Kompetenzen 165 ausgestattet werden, Verfahren und Akten eigenmächtig einsehen zu können. Um eine wirkungsvollere Kontrolle zu gewährleisten, sprechen wir uns darüber hinaus dafür aus, dass eine vollständige Offenlegung der Akten der In- und Auslandsgeheimdienste nach 30 Jahren erfolgen muss. Dies ermöglicht es der Gesellschaft und der Politik, nach angemessener Frist notwendige Schlüsse für die Ausgestaltung der 170 Geheimdienstarbeit zu ziehen.

175 Kooperationen und insbesondere Datenaustausch mit ausländischen Geheimdiensten lehnen wir ab, solange ungerechtfertigt und unverhältnismäßig in die Grundrechte eingegriffen wird. Ebenso lehnen wir ungerechtfertigte und unverhältnismäßige Übergriffe, sowohl digital wie analog, des eigenen Geheimdienstes in die Rechte von EinwohnerInnen anderer Länder ab.

Globale Digitalisierung – Das Netz endet nicht an der Grenze

180 Das Internet endet nicht an Landesgrenzen. Damit entstehen neue Herausforderungen für die Politik, globale Lösungen für Fragen des Datenschutzes, den Schutz des Urheberrechts aber auch für die Vermeidung von Internetkriminalität und staatlich lancierten 185 Cyberangriffen zu finden. Wir sprechen uns daher für eine umfassende bilaterale und multilaterale Verhandlungsagenda der Europäischen

Union aus, die flächendeckende, verbindliche Datenschutzabkommen zum Ziel haben soll. Um transparente Kriterien für bi- oder multilateralen Datenaustausch zu definieren, soll ein offizieller Anforderungskatalog der Bundesrepublik definiert und durchgesetzt werden. Für uns ist dabei klar: Wenn grundlegende Standards in Bezug auf Datenschutz von höchstpersönlichen Daten von BürgerInnen vor Staaten und Unternehmen nicht gewährleistet sind, müssen auch Abkommen, beispielsweise im Bereich des freien Handels, auf den Prüfstand gestellt werden. Datenschutzabkommen dürfen dabei nicht aus ökonomischen oder außenpolitischen Erwägungen verhandelt werden. Auch der Zugang zum Internet muss international für alle Menschen zugänglich sein. Um diese internationale Gleichberechtigung zu erreichen fordern wir daher, dass der Ausbau des Internets, sowie die Verteilung internetfähiger Geräte durch internationale Entwicklungsprojekte von Deutschland und der EU unterstützt bzw. gefördert werden.

Langfristig muss eine internationale digitale Grundrechtscharta das Ziel sein, in der sich Staaten auf grundlegende Freiheiten, Datenschutz und Ablehnung von Zensur verständigen. Für einen uneingeschränkten Zugang zum Internet, sollte es den Unternehmen in Deutschland verboten werden, Inhalte auf ein Land zu reduzieren und so deutsche BürgerInnen im Ausland und BürgerInnen anderer Länder von diesen Inhalten auszuschließen.

Digitalisierung in Europa

Auch auf europäischer Ebene gilt es, einheitliche Regeln für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu formulieren. Die Novellierung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung halten wir für einen längst überfälligen Schritt, um persönliche Daten von EU-BürgerInnen besser zu schützen und das massenhafte Sammeln dieser einzuschränken. Wir setzen uns jedoch für eine weitere Verschärfung dieser ein. Auch auf europäischer Ebene muss eine Datensouveränität für jedeN BürgerIn gewährleistet werden und ein umfassendes Auskunftsrecht für alle NutzerInnen bestehen. Deshalb soll auch auf europäischer Ebene die Einführung eines Datenbriefs geprüft werden.

Die durch die EU verhandelten Datentransfers sensibler Daten, wie etwa Fluggastdaten zu Staaten der sogenannten „Five Eyes“, sehen wir kritisch, solange ein Eingriff in Grundrechte europäischer BürgerInnen durch Geheimdienste dieser Staaten nicht glaubwürdig ausgeschlossen werden können. Dabei ist für uns klar: Datenaustausch muss strengen Kriterien unterliegen und darf zu keiner anlasslosen Massenüberwachung führen. Das zwischen den USA und der EU verhandelte Abkommen „Privacy Shield“ halten wir aktuell für unzureichend. Erst wenn sichergestellt werden kann, dass das Datenschutzniveau in den USA unseren Mindestansprüchen genügt, kann ein derartiges Abkommen in Kraft treten. Für EU-BürgerInnen muss es einen effektiven Rechtsschutz für Beschwerden gegenüber Geheimdiensten und Unternehmen geben, die diese strengen Kriterien nicht einhalten.

240 Demokratie online – direkter, transparenter, verständlicher

Auch vor Ort sehen wir die Digitalisierung als große Chance, jedem Bürger und jeder Bürgerin den Zugang zu Informationen einfacher zu ermöglichen und mehr Transparenz für politische Entscheidungen zu erreichen. Außerdem bietet sie die Möglichkeit, mehr Menschen in den politischen Prozess miteinzubeziehen. Für uns ist dabei jedoch klar: Demokratische Standards müssen auch im digitalen Zeitalter eingehalten werden.

250 Transparenz weiterentwickeln

In der digitalen Gesellschaft hat der Staat eine besondere Aufgabe für den Zugang und die Verwendung von Daten. Daten des Staates sind Allgemeingut und müssen öffentlich zugänglich sein. Aus dem Grund fordern wir, dass Daten, die im Interesse der Allgemeinheit sind, als Rohdaten ohne jedwede Einschränkung zur freien Nutzung, Weiterverwendung und -verbreitung nach dem Open Data-Prinzip frei und kostenlos zugänglich gemacht werden. Dienststellen des Bundes und des Landes sollen zur Herausgabe der Rohdaten und Aufbereitung der Daten verpflichtet werden.

Um den BürgerInnen darüber hinaus größtmögliche Transparenz zu ermöglichen, fordern wir die Schaffung eines neuen Transparenzgesetzes, das nach dem Vorbild von Hamburg sämtliche Verwaltungsunterlagen, sofern rechtlich möglich, online kostenlos zur Verfügung stellen. Die Informationsgesetze der Länder müssen so vorangetrieben werden, dass die Bürger zeitnah, vollständig und kostenlos von ihren Behörden Auskunft zu ihren Anliegen erhalten. Städte und Gemeinden sind durch die Bereitstellung von Mustersatzungen durch die jeweiligen Bundesländer zu motivieren, Transparenzsatzungen zu erlassen. Auch diese Satzungen sollen dazu dienen, den Bürgerinnen und Bürgern proaktiv und kostenlos Daten zur Verfügung zu stellen.

275 Digitale Demokratie

Einfacher als bisher kann vielen Menschen ein Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht werden. Öffentliche Beteiligung, beispielsweise bei der Erstellung des Landes- oder Bundeshaushalts, oder im Rahmen großer Infrastrukturprojekte, begrüßen wir. Vorschläge von BürgerInnen sollen über einen Beteiligungshaushalt aufgenommen und geprüft werden. Darüber hinaus müssen Möglichkeiten geschaffen werden, online Anregungen und Vorschläge einzureichen oder Missstände zu melden. Außerdem soll geprüft werden, inwiefern digitale Anträge gestellt werden können. Bei all diesen Möglichkeiten muss jedoch klar sein, dass digitale BürgerInnenbeteiligung erst gelernt werden muss und demokratische Prinzipien eingehalten werden müssen.

290 Digitale Verwaltung

Der digitale Wandel bietet auch die Chance, verkrustete

295 Verwaltungsstrukturen aufzubrechen und Politik bis in die Kommunalebene transparenter, schneller und besser zugänglich zu machen. Die Aufstockung digitaler Angebote, digitale Kommunikation mit Behörden oder der digitale Amtsbesuch sind Maßnahmen, die insbesondere auch im ländlichen Raum dabei helfen können, demokratische Partizipation und die Interaktion mit staatlichen Institutionen zu vereinfachen und müssen deswegen weiter ausgebaut und gefördert werden. Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen 300 dazu auf, einen Fahrplan für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen bis 2020 aufzustellen.

305 Arbeit im Wandel Die digitale Revolution ändert unsere Art zu arbeiten grundlegend. Arbeit ist zunehmend "entgrenzt", sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Hinsicht. Arbeit wird zunehmend mobil und spielt sich infolge einer globalisierten und vernetzten Welt zeitgleich in verschiedenen Zeitzonen ab. Arbeitszeit und Freizeit verschwimmen zunehmend, mit zusätzlichen Chancen, aber vor allem Belastungen für 310 ArbeitnehmerInnen. Als Sozialdemokraten haben wir immer für eine Emanzipation von ArbeitnehmerInnen gekämpft. Wir schützen ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung und schlechten Arbeitsbedingungen und machen uns für ihre Mitbestimmung stark. Um den Schutz der ArbeitnehmerInnen auch bei zunehmend digitaler 315 Arbeit zu gewährleisten, bedarf es daher umfassender Reformen des Arbeitsrechts. Für uns ist dabei klar, dass solche Reformen nur gemeinsam mit den SozialpartnerInnen erfolgen können.

320 Jederzeit Arbeit?
Die Arbeitszeit wird immer flexibler, dies stellt die Politik vor neue Herausforderungen. Insbesondere die verschwimmende Grenze zwischen Freizeit und Arbeitszeit führt zu neuen Belastungen für die ArbeitnehmerInnen. Um zu gewährleisten, dass einE ArbeitnehmerIn nicht permanent für den/die ArbeitgeberIn verfügbar ist, fordern wir daher ein Recht auf Nichterreichbarkeit, das bei seiner in Anspruchnahme zu keinerlei Nachteilen für den Arbeitnehmer führen darf. Darüber hinaus fordern wir, dass es eine Pflicht der Nichterreichbarkeit für mindestens 8 Stunden am Stück pro Tag eingeführt wird, welche nur im Rahmen von speziellen Ausnahmeregelungen und begründeten Fällen ausgesetzt werden kann.

335 Die permanente Erreichbarkeit führt auch zu Reformbedarf bei den bisherigen Regelungen im Arbeitszeitgesetz. Die Möglichkeit, beispielsweise abends noch eine Mail zu beantworten, kann Probleme bei den im Arbeitszeitgesetz geregelten Ruhezeiten darstellen. Aus dem Grund fordern wir eine Reform der Ruhezeiten, die insbesondere kurzzeitige Unterbrechungen der Ruhezeit sowie deren Begrenzung regelt. Dabei muss sichergestellt sein, dass die neuen Regelungen ausschließlich ArbeitnehmerInnen vor weiterer Entgrenzung schützen. 340 Wir halten an einer regulären Tagesarbeitszeit von maximal acht Stunden fest, Ziel ist dabei, diese zu verkürzen. Vereinbarungen zu Präsenzphasen und individuelle Phasen fördern den sozialen Kontakt und stärken die Zusammenarbeit. Dabei braucht es einen 345 Rechtsanspruch auf Mitbestimmung der Lage der Arbeitszeit für

ArbeitnehmerInnen. Wir sprechen uns für die Regulierung durch Betriebsvereinbarungen zu Kontenmodelle, Langzeitkonten, Vertrauensarbeitszeiten und flexiblen Schichtsystemen aus, weiterhin müssen Arbeitsleistungen in der Freizeit sowie Dienstreisen vollständig als Arbeitszeit angesehen werden. Flexible Arbeitszeitkonten brauchen dabei einen Insolvenzschutz. Auch ein Rechtsanspruch auf Aufstockung- oder Reduzierung der Arbeitszeit gehören zu unserem Verständnis von guten Arbeitsplätzen. Das Ergebnis dürfen keine Regeln sein, die es in erster Linie ArbeitgeberInnen erleichtern 350 MitarbeiterInnen auf Abruf einzusetzen. 355

Auch kann durch zunehmende Automatisierung ein Problem dadurch entstehen, dass Geräte und technische Neuerungen Pausen oft nicht vorsehen. Als wichtiger Bestandteil des ArbeitnehmerInnenschutzes 360 muss sichergestellt werden, dass Ruhepausen auch in Zukunft eingehalten werden. Darüber hinaus führt die Entgrenzung von Arbeitszeit auch dazu, dass bestehende Tarifverträge hinsichtlich der Zeiterfassung, des Zeitausgleichs und der finanziellen Vergütung von Mehrarbeit angepasst werden müssen. 365

Arbeit überall?

Die Digitalisierung führt nicht nur zu einer Entgrenzung von Arbeitszeit, sondern auch zur Entgrenzung des Arbeitsortes. Mobile 370 Endgeräte führen dazu, dass viele Tätigkeiten von beinahe jedem Ort durchgeführt werden können. Ortsunabhängiges und mobiles Arbeiten schafft einerseits die Möglichkeit, home office zu betreiben und damit zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Andererseits führt die räumliche Entgrenzung auch zu neuen Fragen, 375 zum Beispiel für das Unfallversicherungsrecht. Der Unfallschutz stellt eine der zentralen Säulen der sozialen Sicherungssysteme dar und muss deswegen auch für mobile Arbeit für jedeN ArbeitnehmerIn vollumfassend gewährleistet sein. Zur Kostenerstattung von Dienstreisen soll durch die Tarifpartner auf Regelungen hingewirkt 380 werden, welche eine direkte Abrechnung möglich machen, sodass Mitarbeiter nicht in Vorkasse gehen müssen. 385

Die Allgegenwärtigkeit von mobilen Endgeräten führt ebenso dazu, dass ArbeitnehmerInnen sowohl privat als auch dienstlich auf ein solches angewiesen sind. Viele ArbeitnehmerInnen wollen jedoch nur ein einziges Gerät sowohl für den privaten als auch dienstlichen Gebrauch verwenden, sodass der/die ArbeitnehmerIn entweder sein/ihr mobiles Gerät dem/der ArbeitgeberIn im Sinne des "bring your own device" zur Verfügung stellt, oder er ein Gerät des/der ArbeitgeberIn 390 auch für private Zwecke nutzen kann. Um den Datenschutz sicherzustellen fordern wir daher die Schaffung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes, um zu gewährleisten, dass diese nicht zur Überwachung des/der ArbeitnehmerIn missbraucht werden. Darüber hinaus müssen die Tarifparteien in Tarifverträgen künftig 395 Vereinbarungen über den Einsatz und die eventuelle Vergütung von „BYOD“ regeln. 47

Flexible Arbeit – Chancen nutzen, Risiken verhindern

400

Verschiedene Menschen bevorzugen verschiedene Arbeitszeitmodelle, insbesondere abhängig von den jeweiligen Lebensabschnitten, in denen sie sich befinden. Teilzeitarbeit, job sharing, home office und mobile Arbeit bieten den ArbeitnehmerInnen, die flexibel arbeiten möchten, neue Chancen, die insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern können. Deswegen wollen wir flexible Arbeitszeitmodelle im Sinne der ArbeitnehmerInnen weiter fördern und die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats für die konkrete Ausgestaltung von Arbeitszeitmodellen erweitern, um zu verhindern, dass die Flexibilisierung zulasten der ArbeitnehmerInnen ausgestaltet werden. Außerdem sprechen wir uns für ein gesetzlich verankertes Recht auf „Home Office“ aus, wenn betriebliche Interessen dem nicht entgegenstehen.

405

410

415

Flexible Arbeitszeitmodelle führen jedoch auch zu einer immer schwierigeren Abgrenzung von Arbeitsverhältnis und selbstständiger Dienstleistung. Der klassische ArbeitnehmerInbegriff ist insbesondere durch die Möglichkeit, Ort, Zeit und Art und Weise der Arbeit beim flexiblen Arbeitsmodell weitestgehend selbst zu gestalten, überholt. Aus dem Grund fordern wir die Weiterentwicklung der Kriterien zur Abgrenzung von Scheinselbstständigkeit, um eine rechtssichere Abgrenzung in Zukunft zu ermöglichen. Gerade auch Crowdworking sehen wir als neue Form der Dienstleistung, die neues Missbrauchspotenzial birgt. Aus dem Grund muss Crowdworking begrenzt werden und es muss rechtlich sichergestellt werden, dass CrowdworkerInnen denselben Schutz wie ArbeitnehmerInnen genießen.

420

425

Digitalisierung braucht Weiterbildung

430

In der „Smart Factory“ der Zukunft wird auch weiterhin der Mensch das zentrale Element des Produktionsprozesses sein, dessen Arbeit durch Roboter ergänzt und unterstützt wird. Dies wird die ArbeitnehmerInnen vor körperlicher Überanstrengung schützen, wir begrüßen daher digitale Assistenzsysteme in der Fertigung. Durch verkürzte Produktzyklen wird der Schulungsbedarf jedoch langfristig steigen. Digitale Anlernsysteme können hier ebenfalls unterstützend wirken. Gerade ältere ArbeitnehmerInnen können hiervon profitieren. Klar muss allerdings auch sein, dass insbesondere die ältere Generation meist keine vergleichbar hohe Affinität zu digitalen Endgeräten wie unsere Generation hat. Daher muss die regelmäßige Weiterbildung im digitalen Bereich gewährleistet werden. Hier sehen wir, neben der Erwachsenenbildung im Rahmen der Arbeitsversicherung, die Sozialpartner in Verantwortung - Regelungen in Tarifverträgen begrüßen wir ausdrücklich. Um diese Weiterbildungsmaßnahmen auch über die Arbeitsversicherung finanzieren zu können, muss das Budget der Agentur für Arbeit für Qualifizierungsmaßnahmen deutlich aufgestockt werden.

435

440

445

450

Talent statt Ausbildung? Der Umgang mit digitalen Endgeräten und das Bearbeiten von Medien ist für die junge Generation selbstverständlich.

455 Mit geringen Vorkenntnissen und einfachen Anwendungen lassen sich beeindruckende Arbeitsergebnisse erzielen. Dies ermöglicht einen individuell gestalteten Bildungsverlauf und Beruf Ausführung für nicht gelernte Berufe. Dennoch muss die digitale-Kompetenz weiterhin in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gefördert werden. Wer im einen Moment noch als Freiberufler mit selbst angeeigneten Fähigkeiten arbeitet, kann im nächsten Moment, zum Beispiel familiären oder gesundheitlichen Gründen, gezwungen sein, die Selbstständigkeit aufzugeben. Es muss möglich sein, die tatsächlichen Fähigkeiten des Menschen anzuerkennen. Wer sich, auf welchem Weg auch immer, Fähigkeiten aneignet, muss auch die Möglichkeit bekommen, diese zu zertifizieren. Dazu muss die Eignung von formalen und informellen Kompetenzen in der Online-Arbeit und in Kreativberufen ausgearbeitet werden. Weiterbildungen mit anerkannten Zertifizierungen müssen im Bereich der digitalen Kreativberufe und Online-Arbeit ausgearbeitet und von den anerkannten Weiterbildungsträgern angeboten werden. Diese sind Abschlussorientiert zu. Gleichzeitig bekommt in der Online-Arbeitswelt dem Lebenslangen Lernen eine wachsende Bedeutung zu. Angestellten sowie Selbstständigen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich im gleichen Tempo weiter zu bilden!

470 475 Gleichzeitig darf Weiterbildung kein Privileg für diejenigen sein, die es sich leisten können. Dazu müssen ArbeitnehmerInnen zu Bildungszwecken bei Entgeltfortzahlung von der Arbeit frei gestellt werden und Menschen mit mindestens dreijähriger, abgeschlossener Berufsausbildung müssen einen Hochschulzugang erhalten und geförderte Bildungsteilzeit muss für Arbeitslose, Arbeitssuchende und Beschäftigte außerhalb von Festanstellungsverhältnissen eingeführt werden.

Digitalisierung braucht Mitbestimmung

485 490 Für uns ist klar: Auch in Zukunft setzen wir auf starke Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Betriebs- und Personalräten, insbesondere bei der fortschreitenden Digitalisierung der Betriebe und Behörden. Deswegen müssen die Kompetenzen der Betriebs- und Personalräte an den technischen Fortschritt angepasst und weiterentwickelt werden.

495 500 Die Digitalisierung und Globalisierung führen dazu, dass sich die Organisationsstrukturen von Unternehmen stark wandeln. Dynamischere, kurzfristige und unternehmensübergreifende Organisationseinheiten sowie dezentrale Entscheidungsstrukturen stellen den klassischen Betriebsbegriff vor Herausforderungen. Der Betrieb stellt nicht mehr zwingend die Grundeinheit der Unternehmensorganisation dar. Zudem wird die Stammbelegschaft oftmals durch den Einsatz von LeiharbeitnehmerInnen, CrowdworkerInnen oder durch den Missbrauch von Werkverträgen ersetzt. Um die Mitbestimmung auch im Unternehmen der Zukunft zu ermöglichen und auszubauen, brauchen wir daher einen neuen Betriebsbegriff. Für uns ist dabei klar, dass dieser auch neue Formen der Beschäftigung erfassen muss und deren Mitbestimmung im Sinne

505 des Betriebsverfassungsgesetzes ermöglichen und stärken muss.

Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats wollen wir auch bei der Einführung von neuen Technologien stärken, da sich diese Veränderungen gravierend auf die Arbeit jedes/jeder einzelnen auswirken kann. Deswegen müssen die bisherigen Mitbestimmungsrechte angepasst werden. Die Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen wie Hardware oder Software fällt unter das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats. Um zu gewährleisten, dass der weite Anwendungsbereich dieses Rechtes nicht durch eine Änderung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts aufgegeben wird, soll dieser gesetzlich geregelt werden.

510
515
520
525
Wir stehen für kollektive Zugangsrechte von Intranet und Unternehmensplattformen zur Kommunikation, entsprechend den bestehenden Zugangsrechten für Dienststellen. Das Öffnen der Gewerkschaften zu Mitgliedschaften für Solo-Selbstständige, wie es die IG Metall und ver.di bereits gemacht hat. ArbeitnehmerInnen und Solo-Selbstständige müssen dort mit Informationen versorgt werden, wo sie diese sehen. Es müssen weitere Onlineplattformen für Bewertung, Beratung und Aufklärung im Netz zur Online-Arbeit und digitale Kreativberufen entstehen.

Diskriminierung in der Online-Arbeitswelt

530 Jede/r ArbeitnehmerIn hat das Recht sich vor Übergriffen, Mobbing und Diskriminierung zu schützen. In den klassischen Betrieben ist eine starke Interessenvertretung hier der erste Ansprechpartner. Gerade digitale Kreativberufe und Online-Arbeiten unterliegen nicht mehr dem Bild von klassischen Arbeitsplätzen in Betrieben, mit einer Interessensvertretung. Geistige Brandstiftung kann auch während der Arbeit stattfinden. Wohin wendet sich die/der Online-ArbeiterInn bei einem Shit Storm oder Hate Speech? Die Auseinandersetzung mit Facebook zu diesem Thema hat gezeigt, wie schwierig hier die Gesetzeslage ist. Die Selbstbestimmung der eigenen Daten und Nutzungsprofile von Online-Plattformen ist ein sensibler Punkt. Missbrauch und Überwachung im Unternehmen und von außen müssen unterbunden werden. Unternehmen müssen sicherstellen, dass auch den Betriebseigenen Plattformen Diskriminierung nicht geduldet und Foren moderiert werden. Ein wirksamer Beschäftigungsdatenschutz muss endlich eigene Gesetzeslage werden. Dafür brauchen wir umfangreiche Aufklärungskampagnen zum Umgang mit Shit-Storm und Hate Speech bei Online-Arbeiten durch den/die Arbeitgeber*in. Notwendige Nutzungsprofile der ArbeitnehmerInnen müssen mit den Nutzerangaben vorher klar definiert und Vertraglich geregelt werden.

535
540
545
550
Die personenbezogenen Daten müssen gegen Missbrauch im Unternehmen und von außen geschützt werden. Es sind so wenig Daten durch das Unternehmen zu erheben und Screening-Verfahren der MitarbeiterInnen zu verbieten.

555 Arbeitszeitverkürzung als Aufgabe der Sozialpartnerschaft

Letztlich kann die Digitalisierung auch allgemein dazu führen, dass

immer mehr Tätigkeiten durch Roboter oder Maschinen ausgeführt werden und es zu einem geringeren Bedarf an Arbeitskräften kommt. 560 Um allen die gerechte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen ist eine kollektive Arbeitszeitverkürzung ein möglicher Weg. Hierbei ist uns jedoch klar: Eine Arbeitszeitverkürzung kann nur über die Sozialpartner erfolgen. Diesen muss es obliegen, eine Verkürzung der Arbeitszeit über Tarifverträge zu regeln. Die zusätzliche Freizeit 565 können die ArbeitnehmerInnen zu Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, beispielsweise im Rahmen der Arbeitsversicherung, nutzen oder zur freien Entfaltung seiner/ihrer Persönlichkeit. Wirtschaft 4.0 Nach der Einführung mechanischer Produktionsanlagen Ende des 18. Jahrhunderts, der Massenproduktion durch elektrische Energie Ende des 19. Jahrhunderts und der Automatisierungswelle seit den 1970er Jahren steht mit der 570 Digitalisierung die nächste große industrielle Revolution bevor. Maschinen und Systeme, die in „Smart Factories“ miteinander kommunizieren, Datenaustausch in Echtzeit und sogar softwaregetriebene Entscheidungen und Vernetzung zwischen Produktion, 575 ZuliefererInnen, Logistik und AbnehmerInnen führen zu einer grundlegenden Änderung unserer Wirtschaftsstruktur.

Wir sehen in der Industrie 4.0 vor allem eine Chance für Deutschland. 580 Als starker und innovativer Produktionsstandort hat Deutschland das Potential, sich an der Spitze der digitalen Revolution teilzunehmen, nachdem es diese Spitzenposition im Bereich der IT, Telekommunikation und Softwarebranchen verpasst hat. Nur wenn es der Industrie gelingt, durch vernetzte Produktion Ressourcen zu schonen und 585 Produktivitätsgewinne zu realisieren, bleibt sie wettbewerbsfähig in Bezug auf die wachsenden Konkurrenzstandorte in aller Welt. Wir wollen den Trend der Digitalisierung stärken und setzen uns dafür ein, dass die Vorteile in erster Linie dem Gemeinwohl zu Gute kommen und die ArbeitnehmerInnen von den zu erwartenden Gewinnen 590 profitieren

Digitalisierung verstehen - Vernetzung fördern

Um den Strukturwandel durch Industrie 4.0 in der Produktion, bei den 595 Beschäftigten oder bei ganzen Wertschöpfungsketten besser zu verstehen, muss mehr Geld in die Forschung an Industrie 4.0 investiert werden. Wir fordern, dass der Bund und die Länder mehr Mittel als bisher für diesen Zweck bereitstellen. Eine bundesweite Strategie für 600 Innovationsmanagement soll vom Wirtschaftsministerium vorgelegt werden. Fördergelder gehören gerecht verteilt - es darf keine Gewinner- und Verliererregionen in diesem Prozess geben.

Wir wissen, dass die Entscheidung zu Industrie 4.0 in erster Linie von 605 den Unternehmen selbst kommen muss, dennoch sehen wir die Politik in der Pflicht, diese Entwicklung zu fördern. Eine Vernetzung zwischen den Unternehmen sowie Industrie- und Forschungscluster und Wissenstransfer können dabei gute Instrumente darstellen. Gleichzeitig muss die Politik die Eintrittsbarrieren insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen reduzieren und den Zugang zu Know How und Kapital sicherstellen, um auch diesen die Chance zu geben, an der 610

615 Digitalisierung teilzuhaben. Auch die Industrie muss sich Entwicklungen stellen, denn mit der digitalen Gesellschaft steht sie einem völlig neuen Anforderungsprofil gegenüber. Wir sprechen uns daher dafür aus, gezielt IT- Start Ups zu einer eigenständigen Entwicklung zu fördern, um Know How im eigenen Land zu unterstützen, auszubauen und zu halten. Dafür wollen wir auch die Universitäten und Hochschulen weiter stärken und zu diesem Zweck besser ausstatten.

620 Bildung und Weiterbildung als Schlüssel

625 Wir sind uns bewusst, dass Industrie 4.0 nur mit qualifizierten Fachkräften gelingen kann. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, die Investitionen in Aus- und Weiterbildungen zu erhöhen und insbesondere ältere FacharbeiterInnen gezielt für die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

Infrastruktur als Kern der Digitalisierung

630 Nur wenn es gelingt, unsere Infrastruktur beständig an die neuen Herausforderungen anzupassen, können wir den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig halten. BürgerInnen und Unternehmen sind auf einen schnellen und umfassenden Internetausbau angewiesen, daher sprechen wir uns für den Breitbandausbau und attraktivere 635 Mobilfunktarife für Haushalte mit entsprechenden Datentarifen für Privatkunden aus. Deswegen fordern wir, dass ein flächendeckender Breitbandausbau, insbesondere in ländlichen Gebieten, vorangetrieben wird. Auch weniger profitable Gegenden dürfen nicht hintenangestellt werden, eine Abdeckung mit gutem Internet muss für jeden Menschen 640 gewährleistet werden. Um dabei in Zeiten zügiger Innovationen schnell reagieren zu können, sprechen wir uns darüber hinaus für eine flächendeckende Verlegung von Leerrohren im Rahmen des Breitbandausbaus aus. Öffentliches, kostenloses und barrierefreies W-Lan, auch über Förderung von Freifunk, gehört für uns zu einem 645 modernen und digitalen Deutschland dazu. Wir begrüßen deswegen die Abschaffung der Störerhaftung, die einen zeitnahen und flächendeckenden Ausbau ermöglicht. Öffentliches und barrierefreies W-Lan ist für uns als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge Aufgabe der Kommunen und soll daher ohne Mehrkosten für die BürgerInnen 650 realisiert werden, eine entsprechende Förderung durch Bund und Länder muss hierfür zeitnah geprüft werden.

Handwerk und Dienstleistung 4.0

655 Zunehmend geraten auch das Handwerk und der Dienstleistungssektor unter den Druck der Digitalisierung. Diese müssen in erster Linie dadurch unterstützt werden, dass die duale Ausbildung auf die Aufgaben im digitalisierten Beruf vorbereitet. Dafür muss eine 660 Modernisierung der dualen Ausbildungsberufe, aber auch der Schulinfrastruktur erfolgen. LehrerInnen an beruflichen Schulen müssen gezielt für Informations- und Kommunikationstechnologie sensibilisiert werden und dazu befähigt werden diese zu unterrichten. Über die Erstausbildung hinaus muss auch die Fortbildung hin zum

665 HandwerkerInnen oder DienstleisterInnen 4.0 öffentlich gefördert werden. Niemand darf aus Mangel an Weiterbildungsangeboten in seinem oder ihrem Berufsfeld technologisch abhängig werden.

Share Economy als Chance

670 Wir sehen in der Share Economy ein Wiederauferstehen eines alten Prinzips: das Teilen von Gegenständen. Die verbesserten Chancen, durch die Vernetzung im Internet die Ideen des kollaborativen Konsums voranzutreiben, wollen wir nutzen. Die entsprechende Rechtssicherheit für AnbieterInnen und NutzerInnen schaffen wir, indem wir darauf drängen, dass bestehende rechtliche Standards und der Verbraucherschutz auch beim digitalen Angebot gewahrt bleiben. Dabei muss der Fokus auf vollständiger Transparenz liegen, andernfalls kann nicht gewährleistet werden, dass das Bereitstellen von Gebrauchsgegenständen, Autos oder Wohnungen nicht zum Nachteil aller Beteiligten gereicht. Share Economy-Geschäftsmodelle, die darauf aufbauen, den ArbeitnehmerInnen- oder Versicherungsschutz auszuhebeln, um sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, wie beispielsweise die Fahrdienstleister Uber oder Wundercar, lehnen wir ab. Gleichwohl müssen Anreize geschaffen werden, Unternehmen zu digitalisieren, um den NutzerInnen Vorteile zu gewähren.

Smart Grid - Energiepolitische Zukunft gestalten

690 Auch die Energiewende kann von der Digitalisierung nicht ausgenommen werden. Wir sprechen uns für eine Stärkung von intelligenten Stromnetzen, den sogenannten „Smart Grid“, aus, gleichwohl erkennen wir, dass damit auch Risiken und Nachteile für VerbraucherInnen einhergehen können. Nichts desto trotz bietet ein Smart Grid auch gewaltige Chance, die Energiewende intelligent zu gestalten.

700 So ist es möglich, über ein Smart Meter intelligente Endgeräte anzusteuern damit diese dann laufen, wenn der Strom günstig ist, oder das Netz dies zulässt. Insbesondere im Bezug einer erwarteten stärkeren Verbreitung von Elektroautos und anderen Elektromobilien wird man an gesteuerten Ladesäulen nicht umhin kommen, wenn der Netzausbau im Niederspannungsnetz Verhältnismäßig bleiben soll. Langfristig ist zu hinterfragen, ob persönliche Kraftfahrzeuge überhaupt eine Zukunft haben.

710 Eine dezentrale Energieversorgung macht auch eine Dezentrale Datenerhebung unerlässlich. Wichtig ist hierbei, dass die gesammelten Informationen Sicher Sind. Sicher im Sinne, der Ausfallsicheren Übertragung, als auch Sicher vor dem Zugriff unbefugter. Um die Gefahr, aus Informationen über den Stromverbrauch Rückschlüsse auf den Alltag der VerbraucherInnen schließen zu können müssen Persönliche Daten so weit es geht anonymisiert und gesammelt übertragen werden.

715

Privatsphäre schützen

720 Durch intelligente Messsysteme können teils sehr detaillierte Rückschlüsse über das Verhalten der KonsumentInnen gezogen werden. Gleichwohl sind sie Voraussetzung für einen wirkungsvollen Ausbau von Smart Grid. Die Nutzung der Daten darf daher nur unter strengen Auflagen und anonymisiert erfolgen. Außerdem muss geprüft werden, ob ausschließlich gebündelte Datensätze mehrerer 725 VerbraucherInnen übertragen werden können, in denen Daten von mehreren Haushalten über eine kurze Zeitspanne oder Daten eines einzelnen Haushalts über eine größere Zeitspanne zusammengefasst werden.

730 Forschung als Investition

735 Wir begrüßen die verschiedenen Initiativen des Landes, wie beispielsweise das Förderprogramm „Smart Grids-Forschung – digital vernetzt“, um in die weitere Erforschung der Potenziale und konkreten Umsetzungsmöglichkeiten des Smart Grids zu investieren. Besonders in sicherheitssensiblen Bereichen ist eine genaue technische Kenntnis von großer Bedeutung, um die Gefahr von Systemausfällen zu minimieren. Wir unterstützen die Idee des Smart Grid. Gleichwohl muss ausführlich geprüft werden, ob eine Einführung intelligenter 740 Messsysteme in Deutschland mit einem verhältnismäßigen Mehrwert verbunden ist. Erst wenn dieser Mehrwert sichergestellt ist und der Datenschutz flächendeckend gewährleistet werden kann, halten wir die Ausbreitung intelligenter Messsysteme für sinnvoll.

745 Bisherige Regelungen verpflichten Haushalte erst ab einem Jahresverbrauch von mehr als 6000 kWh zu einem Einbau intelligenter Messsysteme. Nach Planungen der Bundesregierung soll der Ausbau dieser aber weiter vorangetrieben werden. Wenn ein Nutzen des Ausbaus der Systeme erkennbar ist, begrüßen wir zwar deren 750 Verbreitung, für uns ist aber klar, dass die finanzielle Belastung dabei nicht einseitig bei MieterInnen landen darf. Selbst wenn sich ein Einbau rechnet, müssen private VerbraucherInnen ein Widerspruchsrecht, auch beim sogenannten „optionalen Einbau“, haben. Smart Cities fördern Die digitale Revolution wird auch die 755 Städte der Zukunft nachhaltig prägen. Seien es Verkehrsdaten oder an statistische Daten angepasste Polizeistrategien; die Smart City ist längst keine Utopie mehr. Wir sehen viele dieser Entwicklungen als sehr positiv an. Die Smart City ist eine Vision, deren Umsetzung auch finanziell deutlich stärker gefördert werden muss. Wir wollen den 760 Wandel der Städte konstruktiv begleiten; ein besonderes Augenmerk soll dabei jedoch auch auf der Privatsphäre der BürgerInnen liegen. Da die Smart City Dreh- und Angelpunkt der Digitalisierung sein wird, fordern wir die verstärkte Unterstützung von Modellstädten durch den Bund, dabei dürfen jedoch auch ländliche Regionen nicht außen vor 765 bleiben. Ein integraler Bestandteil von „Smart City“ ist die effiziente, emissionsarme und kostengünstige Mobilität. Dies betrifft sowohl den individual, als auch den öffentlichen Verkehr. Der Individualverkehr kann durch den Einsatz von intelligenten Systemen gezielt gesteuert werden, wodurch Verkehrsprobleme ohne den Neubau von Straßen

770 beseitigt werden können indem die bestehende Infrastruktur effizienter genutzt wird. In den letzten Jahren wurde die Aufstellung von Verkehrsleitsystemen und den Umbau von Ampelanlagen mit verkehrsabhängiger Steuerung in Angriff genommen, dies begrüßen wir ausdrücklich. Dennoch müssen weitere Schritte unternommen werden. Dabei gilt zu prüfen, in wie weit private Navigationssysteme miteingeschlossen werden können, da diese einer effizienten Verkehrssteuerung durch individuell vorteilhafte Wegeberechnungen entgegenwirken. Wir erkennen die Chancen, die durch eine Digitalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs entstehen, diesen individueller zu gestalten. Durch eine anonyme Datenerhebung können die bisherigen Systeme an die Bedürfnisse angepasst werden. Darüber hinaus erlaubt sie die Möglichkeit, spontane, bedarfsgerechte Verkehrsangebote bereitzustellen, wie zum Beispiel zusätzliche Busse oder Bahnen und auf der anderen Seite auch unnötige Leerfahrten zu vermeiden. Diese Maßnahme sorgt für eine höhere Attraktivität des ÖPNV und sorgt gleichzeitig für eine höhere Effizienz bei gleichzeitigen Kostensparnissen. Langfristig verspricht auch die Einbindung von selbstfahrenden Automobilen in den ÖPNV eine signifikante Attraktivitäts- und Effizienzsteigerung des öffentlichen Verkehrs - durch diese kann zum Beispiel der Weg vom Zuhause zum Bahnhof zeiteffizient bewerkstelligt werden ohne dass dazu ein eigenes Auto benötigt wird. Wir fordern, diese Technologie als Teil des öffentlichen Verkehrs zu betrachten und nicht als Spielzeug für Besserverdienende. Durch die Bereitstellung einer Informationsinfrastruktur kann die Verknüpfung von individuellem und öffentlichem Personenverkehr erleichtert werden, was insbesondere die Verkehrssituation den Städten entspannt. Bei allen Maßnahmen dürfen der Datenschutz und die individuellen Rechte der BürgerInnen nicht vernachlässigt werden. Da personenbezogene Mobilitätsdaten einer besonderen Sensibilität unterliegen, ist zu gewährleisten, dass diese anonym und zweckgebunden genutzt werden. Eine Nutzung der Daten für kommerzielle Zweitverwertung oder Strafverfolgung lehnen wir entschieden ab. Die Digitalisierung wird die Mobilität aller Menschen massiv beeinflussen, es liegt an uns dazu beizutragen, dass die Kosten dafür gerecht verteilt werden.

Der Fortschritt muss im ganzen Land ankommen! Ziel ist es, durch intelligente Abläufe Ressourcen und Kosten einzusparen. Die frei werdenden Mittel sollen dem Allgemeinwohl zu Gute kommen. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung wollen wir dabei insbesondere die Gebühren des ÖPNV weiter absenken und langfristig abschaffen sowie dessen Ausbau stärker fördern.

Neue Regeln braucht das Netz Viele Bestimmungen und Gesetze, die unser Zusammenleben, unser Handeln und unsere Art und Wirtschaftens bislang geregelt haben, können die mit der Digitalisierung einhergehenden neuen Anforderungen nicht mehr erfüllen. Wir erkennen, dass es neuer Regeln bedarf, um auch in Zeiten der Digitalisierung unser Zusammenleben gerecht zu gestalten

820 Netzneutralität bewahren

Einige Telekommunikationsunternehmen versuchen durch die schrittweise Abschaffung der Netzneutralität ihre Profite zu erweitern.
825 Damit brechen sie mit einem der Grundprinzipien des Internets - auf Kosten der EndnutzerInnen. Die Netzneutralität stellt sicher, dass jedes Datenpaket gleich behandelt und somit gleich schnell weitergeleitet wird. Die Abschaffung der Netzneutralität würde nicht nur zu einer Steigerung der Preise für die EndnutzerInnen führen, sondern auch großen Unternehmen einen massiven Wettbewerbsvorteil verschaffen.
830 Deshalb halten wir auch in Zukunft am Prinzip der Netzneutralität fest und wollen diese national wie europäisch gesetzlich verankern.

Urheberrecht

835 Unser heutiges Urheberrecht ist nicht mehr zeitgemäß für das 21. Jahrhundert und muss weiterentwickelt werden. Forderungen nach der Abschaffung des Urheberrechts stellen wir uns dabei entschieden entgegen. Die Forderung nach der Abschaffung löst keine Probleme 840 und gefährdet vielmehr den notwendigen Schutz von geistigem Eigentum. Ein neues Urheberrecht muss vielmehr das "Recht auf Remix", also das Recht auf Weiterentwicklung von fremdem geistigem Eigentum als grundlegende Voraussetzung für Kunst und Meinungsfreiheit gesetzlich verankern und zugleich den Schutz 845 geistigen Eigentums berücksichtigen. Darüber hinaus halten wir Creative-Commons-Lizenzen, durch die NutzerInnen sofort erkennen können, unter welchen Bedingungen sie geistiges Material nutzen oder weiterverändern können, für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Urheberrechts und setzen uns deswegen für eine weitere Stärkung des 850 Systems der CC-Lizenzen ein. Das Urheberrecht ist jedoch nur so stark, wie es bekannt ist. Daher fordern wir eine Aufklärungskampagne des Justizministeriums und die Verknüpfung des Urheberrechts in der schulischen Bildung. Verantwortungsbewusstes Surfen muss erklärt werden!

855 Verhinderung von Monopolisierung

Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Monopolen und Oligopolen, für die es einer politischen Antwort bedarf. Wir sprechen 860 uns dafür aus, in Zeiten datenintensiver großer Unternehmen die europäischen und deutschen Kartellbehörden zu stärken. Immer höhere Markteintrittsbarrieren für neue MarktteilnehmerInnen verhindern, dass Unternehmen wie Microsoft, Google, Facebook, Amazon oder Alibaba 865 sich einem ernstzunehmenden Wettbewerb aussetzen müssen. Es muss möglich sein, notfalls durch Zerschlagung einzelner Unternehmen zu verhindern, dass VerbraucherInnen keine Ausweichmöglichkeiten für die Nutzung bestimmter Produkte mehr haben. Das Sammeln von Daten in sozialen Netzwerken und die Platzierung eigener Produkte auf anderer Ebene mit den akkumulierten Daten ist Wettbewerbsverzerrung 870 im äußersten Maße und muss verboten werden. Mit der Einführung des Open Data-Prinzips kann der Entwicklung einer Daten-Monopolbildung entgegnet werden können. Durch eine internationale Vernetzung zwischen unterschiedlichen Kartellbehörden muss 875 gewährleistet werden, dass auch solche Konzerne an Monopolbildungen gehindert werden, die durch undurchsichtige

Strukturen und Niederlassungsstrategien nationale Regelungen umgehen wollen. Gerade datenintensive, digitale Unternehmen sind hierfür anfälliger als ProduzentInnen herkömmlicher Güter. Ausschluss individualisierter Preispolitik

880

Mit der Digitalisierung haben sich völlig neue Möglichkeiten zur Preisdifferenzierung ergeben. Durch die Analyse von Surfverhalten und Nutzungsdaten versuchen Online-Shop-BetreiberInnen die individuelle Zahlungsbereitschaft eines jeden Kunden oder jeder Kundin möglichst genau kalkulieren zu können und bieten den potenziellen KundInnen dementsprechend individualisierte Preise an. Während diese Idee unter der Prämisse „Arme zahlen weniger, Reiche mehr“ zunächst nach einem sehr gerechten Modell klingt, stellt sich jedoch das Gegenteil heraus: Die Kriterien, nach denen die Einteilung erfolgt, sind häufig auch Wohnort oder vorheriges Konsumverhalten. Wir sind der Überzeugung, dass der Preis, der für ein Produkt gezahlt wird, nicht davon abhängen darf, in welchem Stadtviertel ein Mensch wohnt oder zu welcher Tageszeit er ein Produkt bestellt. Wir sprechen uns daher ausdrücklich gegen jegliche Form der Preisdiskriminierung aus und fordern, einen Ausschluss individualisierter Preispolitik gesetzlich zu verankern, insbesondere bei Onlineshops und Versicherungen. Ein Missbrauch von Tracking und wearables mit dem Ziel der individualisierten Preispolitik muss ausgeschlossen werden.

885

890

895

900

905

910

915

920

925

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Versicherungen keine personenbezogenen Daten, die durch individuelle Dokumentation des Alltages von Versicherten gewonnen werden, erfassen und nutzen dürfen. Dies beinhaltet insbesondere das Verbot von individuellen Versicherungstarifen die auf der Analyse von Daten beruhen. Dies soll dem Schutz der Privatsphäre dienen. Ausgenommen von dieser Regelung sind freiwillige Versicherungen. Starker VerbraucherInnenschutz

Datenschutzbelange der VerbraucherInnen haben infolge der stark wachsenden Nutzung digitaler Dienste einen besonderen Stellenwert erlangt. Mangelnde Befugnisse der Datenschutzbehörden bei der Sperrung, Löschung oder Vernichtung von Daten und die quantitativ wie qualitativ hinter dem Anstieg an Datenerhebungen und -verarbeitungen zurückfallende Fortentwicklung der Rechtsprechung machen deutlich, dass wir eine Novellierung der Klagebefugnis in Bezug auf Regelungen des VerbraucherInnendatenschutzes brauchen. Deshalb fordern wir die Erweiterung der Unterlassungsklage bei VerbraucherInnenrechts- und anderen Verstößen auf datenschutzrechtliche Normen, um VerbraucherInnenverbänden ein Instrument an die Hand zu geben, VerbraucherInnen vor der unzulässigen Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung ihrer personenbezogenen Daten durch Unternehmen zu schützen. Schutz von Unternehmen vor Cyberkriminalität

Beim Thema des Umgangs mit Daten ist es uns aber nicht nur ein Anliegen, die individuellen Daten besser zu schützen, auch Daten von Unternehmen sind ständigen Angriffen ausgesetzt. Allein in den beiden Jahren 2013 und 2014 entstand deutschen Unternehmen dabei ein

930 Schaden von über 54 Milliarden Euro durch Cyberangriffe, sei es aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität oder durch gezielte Angriffe von ausländischen Geheimdiensten. Wenn wir aber eine größere digitale Vernetzung in unseren Betrieben herstellen wollen, etwa durch das Zukunftsprojekt Industrie 4.0, werden in Zukunft noch mehr sensible Daten anfallen, die wir besser schützen müssen. Die 935 Schaffung eines Nationalen Cyber-Abwehrzentrum war dabei ein erster wichtiger Schritt, dieses muss aber dringend zu einer eigenständigen Behörde entwickelt werden und deutlich mehr Ressourcen erhalten. Auch Meldepflichten bei Cyberangriffen müssen dringend ausgebaut werden, wir fordern, dass jedes Unternehmen mit über 250 940 Mitarbeitern bei Cyberangriffen zur anonymen Meldung an das Bundesamt für Information und Sicherheit verpflichtet wird. Langfristig wollen wir die Herausforderungen aber gemeinsam mit unseren europäischen Partnern angehen und die Kompetenzen in eine Agentur der EU verlagern. Zur effizienten Aufklärung von Cyber- 945 Kriminalität müssen darüber hinaus Schwerpunktsstaatsanwaltschaften eingerichtet werden.

950 Digitale Bildung Ein erfolgreicher Übergang der Gesellschaft ins digitale Zeitalter kann nur gelingen, wenn den Menschen durch Bildung der Umgang mit digitalen Angeboten vermittelt wird. Dafür bedarf es umfassender Investitionen in den Bildungs- und Weiterbildungssektor. Unser Ziel ist es, dass junge Menschen lernen, die digitale Welt der Zukunft mitzugestalten und nicht nur als KonsumentInnen wahrzunehmen. Digitale Bildung muss fest in der 955 Schule verankert werden. Aus dem Grund fordern wir daher Informatik als Pflichtfach an Schulen, um ein grundlegendes Verständnis für die technischen Grundlagen der digitalen Welt zu schaffen.

960 Digitale Bildung fest verankern

965 Darüber hinaus müssen sämtliche Fächer digitalisiert werden. Inhaltlich muss die digitale Schule der Zukunft das Thema Medienkompetenz aufgreifen. Dabei geht es uns nicht nur darum, SchülerInnen im sicheren und bewussten Umgang mit digitalen Medien zu schulen, sondern auch die Grundlagen für das Verstehen digitaler Kommunikation zu vermitteln: Deshalb ist eine Beschäftigung mit den Basics der Rechnerarchitektur, Informatik und der Netzwerktechnologie unerlässlich. Erst auf dieser Grundlage lassen sich die Dynamiken, Chancen und Risiken der digitalisierten Welt 970 richtig begreifen.

975 Deswegen muss Medienkompetenz fest und umfassend als Querschnittsaufgabe in den Bildungsplan verankert werden. Dennoch erschöpft sich die Digitalisierung nicht beim Informatik- und Medienkompetenzunterricht. Fachinhalte aller Fächer müssen auf das digitale Zeitalter hin ausgerichtet werden. Das bedeutet, dass im Kunstunterricht Bildbearbeitung, im Physikunterricht Computersimulation und im Deutschunterricht die Analyse von digitalen Medien auf dem Lehrplan stehen müssen. Die Bildungs- und 980 Lehrpläne müssen vor diesem Hintergrund ständig aktualisiert und

überarbeitet werden.

Ausstattung verbessern

985

Auch hinsichtlich der Arbeitsmedien und Lehrmethoden brauchen wir eine Digitalisierung. Wir fordern daher eine umfassende Aufrüstung der technischen Ausstattung von Schulen. Mobile Endgeräte sowie Tablets gehören für uns ebenso dazu wie leistungsfähige PCs, Software und 3D-Drucker. Der Einsatz von Soft- und Hardware darf jedoch nicht finanziell an die SchülerInnen gebunden sein bzw. von der finanziellen Situation dieser abhängig sein. Im Sinne der Gleichberechtigung müssen alle SchülerInnen Soft- und Hardware von der Schule bereitgestellt bekommen. Durch eigene Anschaffung dieser darf kein Vorteil entstehen. Da die Anschaffung der digitalen Ausstattung die kommunalen Schulträger finanziell überfordern würde, sind Kooperationen mit den Ländern und dem Bund zu schließen. Die jeweils zuständigen Ministerien auf Landes- und Bundesebene sollen Investitionsprogramme aufsetzen.

990

Smartboards und Beamer sind in vielen Schulen bereits jetzt Standard, den es auszubauen gilt. Um einen sachgerechten und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen, braucht es eine professionelle IT-Infrastruktur und entsprechende Wartung. Wir fordern daher, dass Schulen schulübergreifend mit IT-Administratoren sowie funktionsfähigen und sicheren internen Netzwerken, die regelmäßig gewartet werden, ausgestattet werden.

995

1000

Für uns ist dabei auch klar, dass sich Schulen bei der Ausstattung mit aktueller Software und Hardware nicht von einem Anbieter oder einer Anbieterin abhängig machen dürfen. Soweit wie möglich und sinnvoll sollen Schulen daher auf open source Lösungen setzen und auf die Vernetzbarkeit der Produkte zu achten. AnbieterInnen von IT-Lösungen und Verlage sind wichtige PartnerInnen bei der Digitalisierung der Bildung und können Bildungsinnovationen entwickeln, die die öffentliche Hand nicht sinnvoll ersetzen kann. Dennoch haben geschlossene Systeme eines einzelnen Anbieters an Schulen keinen Platz. Vielmehr ist auf die Vielfalt der Angebote zu achten.

Weiterbildung und Forschung fördern

1005

Eine Schule, die mit digitalen Arbeitsgeräten ausgestattet ist, bringt noch keinen Lernerfolg, solange Lehrkräfte nicht dazu befähigt werden, diese auch zielgerichtet einzusetzen. Deshalb muss bereits bei der LehrerInnenbildung auf mehr Digitalisierung gesetzt werden. Um die Lehrkraft auf dem aktuellen Stand der Digitalisierung zu halten, müssen ebenso entsprechende Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Für uns steht nicht nur das schulische Lernen und die Erstausbildung im Fokus der Digitalisierung, wir sehen Bildung als eine lebenslanges Aufgabe an, die sowohl von ArbeitgeberInnenseite, aber auch von staatlicher Seite im Rahmen der Arbeitsversicherung unterstützt werden muss. Deshalb fordern wir auch im Bereich der Erwachsenenbildung und Weiterbildung eine digitale

Bildungsoffensive, um ArbeitnehmerInnen, Arbeitssuchenden aber auch RentnerInnen einen selbstbestimmten Zugang zur digitalen Welt zu ermöglichen.

- 1040 Wir fordern darüber hinaus umfassende Investitionen in Forschung zur digitalen Bildung, damit nützliche pädagogische Konzepte und deren Umsetzung von der Forschung beleuchtet werden können.

Antragsbereich BTW/ Antrag 10

*Kennnummer 9150
Kreisverband Tübingen*

Recht auf gute Arbeit

Recht auf gute Arbeit

Das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017 soll folgenden Passus enthalten:

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Für ein Recht auf gute Arbeit – rechtzeitig, umfassend und wirkungsvoll fördern.

- 5 Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist so gering wie zuletzt vor 25 Jahren. Jedoch stellen wir – trotz einer insgesamt rückläufigen Arbeitslosigkeit – bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen wenig Bewegung fest.

Zeilen 9 bis 52 wird Begründung.

- 10 Gleichzeitig stellen wir in den Unternehmen und Verwaltungen, fast durchgehend an allen Arbeitsplätzen eine zunehmende Arbeitsverdichtung fest. Die Anforderungen im Arbeitsleben haben zugenommen und verändern sich immer häufiger und schneller. War es früher in vielen Fällen so, dass weniger leistungsstarke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotzdem ihren Platz im Unternehmen gefunden haben, so haben wir heute die Tendenz, dass Arbeitsverdichtung und Druck am Arbeitsplatz dazu führen, dass immer mehr Menschen krank werden und den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes nicht auf die Dauer Stand halten können. Zu viele werden dauerhaft aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

- 15 20 25 Damit wollen wir uns nicht abfinden. Wir wollen jeder und jedem Arbeitslosen wieder eine Beschäftigungsperspektive eröffnen. Während andere nach dem bedingungslosen Grundeinkommen rufen und alles andere dem Markt überlassen wollen, haben wir den Anspruch die

30 Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten zu gestalten und durch aktive Arbeitsmarktpolitik neue Chancen zu eröffnen.

Wir lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab,

- 35
- weil es entweder zu niedrig ist, um davon gut leben zu können, oder so hoch ist, dass keine belastbare Finanzierung sichergestellt werden kann,
 - weil Wirtschaft ein Teil unserer Gesellschaft ist, weil Arbeit zum Leben gehört und ein wichtiger Bestandteil von gesellschaftlicher Teilhabe ist.
 - 40 • weil wir Positionen in der Gesellschaft nicht zementieren, sondern in Durchlässigkeit und Aufstieg investieren wollen.

45 Unsere Antwort auf das bedingungslose Grundeinkommen heißt Recht auf gute Arbeit.

Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung.

50 Und dort wo wir dieses Ziel nicht über den ersten Arbeitsmarkt erreichen können, brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

55 Wir wollen allen arbeitsfähigen Menschen eine Teilhabe am Ab Zeile 53: Arbeitsleben garantieren. Wir wollen einen fördernde und präventiv Annahme wirkende Sozialpolitik verbinden mit einem inklusiven Arbeitsmarkt, persönlicher Sicherheit, Aufstiegschancen und Durchlässigkeit.

60 Vorausschauende sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik verhindert, dass Beschäftigte wegen gesundheitlicher Probleme oder fehlender bzw. nicht mehr aktueller Qualifikation aus dem Arbeitsleben herausfallen. Wir sehen die Sozialversicherungen als Partner, die die Beschäftigten bei Umbrüchen in ihrem Arbeitsleben beraten und unterstützen. Mit der Stärkung von Prävention und Rehabilitation als zentrale Aufgabe Rentenversicherung haben wir diesen Weg in der 65 letzten Wahlperiode ebenso begonnen wie mit der Stärkung der Weiterbildungsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit. Diesen Weg wollen wir in der kommenden Wahlperiode fortsetzen:

- 70
- durch einen einfacheren und besseren Zugang zu Rehabilitationsmaßnahmen
 - durch die Umsetzung einer durchgehenden Förderkette von der Prävention bis zur Nachsorge
 - durch die Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung und die 75 Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung.

80 Vorausschauende sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik unterstützt konkret, wenn Arbeitslosigkeit droht. Dabei gilt für uns: es ist immer besser Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Dies gilt auch, wenn Beschäftigte nicht mehr gesund genug für eine Vollzeittätigkeit in ihrem bisherigen Beruf, aber nicht unter die Erwerbsminderungsrente

fallen. In diesen Fällen bleibt häufig nur eine Teilzeitbeschäftigung, um dem Betrieb die Arbeitsleistung und das Erfahrungswissen des Beschäftigten zu erhalten. Mit einer neuen Leistung der Bundesagentur für Arbeit – dem Arbeitsförderungsgeld – wollen wir zielgerichtet unterstützen. Das Arbeitsförderungsgeld soll dabei das ausfallende Arbeitsentgelt teilweise ersetzen und damit die Fortführung der Beschäftigung in Teilzeitform ermöglichen und Arbeitslosigkeit verhindern.

Und schließlich wollen wir dort neue Beschäftigungsperspektiven eröffnen, wo Menschen ihre Arbeit verloren haben und teilweise schon lange unter Arbeits- und Perspektivlosigkeit leiden. Rund zwei Drittel der Arbeitslosen werden im Rechtssystem des SGB II betreut. Ca. eine Million Menschen sind länger als ein Jahr arbeitslos.

Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik ist es, das individuelle Förderversprechen des SGB II zu erfüllen. Jede und jeder SGB II-Leistungsbeziehende muss die individuell sinnvolle Förderung erhalten, die ihr bzw. ihm über eine Teilhabe am Arbeitsleben auch (wieder) gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Schon in den letzten vier Jahren haben wir viel geschafft. Wir haben die finanzielle Situation der Jobcentern verbessert. Wir haben mit dem ESF-Programm für Langzeitarbeitslose und dem Bundesprogramm Soziale Teilhabe zwei spezielle Programme für diese Zielgruppe eingeführt und durch die ABC Zentren den ganzheitlichen Förderansatz gestärkt. Wir haben die Nachbetreuung im SGB II ermöglicht und auch Weiterbildung und Qualifizierungen gestärkt.

Diese gute Arbeit der letzten vier Jahre wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode fortsetzen.

115 Eingliederungsvereinbarung – Rechte der Arbeitssuchenden stärken

Wir wollen, dass die Balance zwischen Fördern und Fordern verbessert wird. Wir wollen das Instrument der Eingliederungsvereinbarung und damit auch die Rechte der Arbeitslosen stärken. Mit der Eingliederungsvereinbarung soll festgelegt werden, welche Handlungen für die erwerbsfähigen Personen zumutbar sind und welche Leistungen das Jobcenter im Hinblick auf eine Eingliederung in Ausbildung und Arbeit erbringt.

125 Zielsteuerung – nachhaltige Arbeitsmarktintegration im Blick

Immer noch ist der Zielsteuerungsprozess zu sehr an den arbeitsmarktpolitischen Kennzahlen ausgerichtet. Hier muss umgesteuert werden. Wir brauchen eine stärkere Ausrichtung am Ziel der sozialen Teilhabe. Nur so können wir den SGB II-Leistungsbeziehern mit ihren oft komplexen Problemlagen gerecht werden. Und nur so merken auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern, dass bei ihrer Arbeit nicht nur die Integration auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zählt, sondern auch die soziale Stabilisierung der SGB II-Leistungsbezieher eine Kernaufgabe im SGB

II ist, die auch entsprechend wertgeschätzt wird.

Unterstützungsleistungen bündeln

140 Um SGB II-Leistungsbeziehenden mit ihren oftmals komplexen individuellen Problemlagen erfolgreich zu betreuen und zu unterstützen sind gute und professionelle Netzwerkstrukturen vor Ort unbedingt notwendig. Jobcenter sollten daher vor Ort mit den Kommunen Vereinbarungen über die Erbringung von sozialintegrativen Leistungen abschließen. Zudem müssen sozialintegrativen Leistungen auch in den Zielvereinbarungsprozesses miteinbezogen werden. Darüber hinaus wird es bei der Betreuung oftmals notwendig werden, auf Leistungen ausserhalb des SGB II zurückzugreifen, zum Beispiel bei der Unterstützung von Alleinerziehenden sowie Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Jobcenter müssen die sich dadurch vor Ort ergebenden Schnittstellen definieren und dann geeignete Konzepte zu deren Organisation entwickeln.

Qualitätssicherung – Personal fördern, Prozesse verbessern

155 Eine zentrale Bedeutung hat die Weiterentwicklung der Beratungs- und Betreuungsqualität im SGB II. Es muss ein Qualitätssicherungsprozess erfolgen, der sowohl die Qualität des Personals als auch die Prozessqualität umfasst.

160 Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir die Kompetenz des Personals mit passgenauen Schulungsangeboten weiter verbessern. Dazu sollen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

165 Die derzeitige personelle und finanzielle Ausstattung der Jobcenter ist noch nicht ausreichend. Daher muss zunächst eine ehrliche Berechnung der Betreuungsschlüssel erfolgen. Das Verwaltungskostenbudget ist dann an diese sich ergebenden Personalbedarfe anzupassen. Zudem ist zu überprüfen, ob die bisherige Kopplung des kommunalen Finanzierungsanteils an die Verwaltungskosten gerade mit Blick auf die Handlungsspielräume der einzelnen Jobcenter noch sinnvoll ist.

Für einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt

175 Gerade im SGB II müssen wir feststellen, dass es Langzeitarbeitslose mit vielen schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen gibt, die einen Einstieg auf dem ersten Arbeitsmarkt noch nicht schaffen. Aber nicht nur Langzeitarbeitslose, auch für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, mit Behinderungen, Flüchtlinge, die unsere Sprache, unsere Lebens- und Arbeitsweise nicht oder noch nicht kennen, Menschen, die aus dem ersten Arbeitsmarkt herausfallen, weil sie dem Druck nicht mehr gewachsen sind.

185 Für diese Menschen brauchen wir eine besondere Unterstützung, den sozialen/öffentlichen Arbeitsmarkt, d.h. geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einer –

bei Bedarf – auch langfristigen Perspektive.

190

Diese Beschäftigungsverhältnisse müssen dann sinnvoll durch Leistungen wie beispielsweise sozialpädagogische Betreuung, Qualifizierungen, sozialintegrative Leistungen sowie gesundheitsfördernde Maßnahmen flankiert werden.

195

Arbeit gibt es genug: im sozialen Miteinander, einfache Dienstleistungen, auch anspruchsvolle Arbeit.

200

Die Kommunen sind unser Partner. Wir wollen mit ihnen Felder gesellschaftlich notwendiger Arbeit definieren und dort den öffentlichen Arbeitsmarkt stärken.

Wir haben einen reichhaltigen Erfahrungsschatz und vielfältige Instrumente, die wir dabei nutzen können.

205

Wir wollen die Erfahrung von Ausbildungsbetrieben, Weiterbildungsträgern, Integrationsbetrieben, Werkstätten, etc. nutzen, sie stärken und ein durchlässiges System eines öffentlichen Arbeitsmarktes – auch in Richtung des Ersten Arbeitsmarktes schaffen.

210

Mittel aktivieren – Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Wir wollen lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen.

215

Um zusätzliche Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zu mobilisieren, wollen wir den Jobcentern in Zukunft auch den Einsatz von Mitteln für Passivleistungen mittels Passiv-Aktiv-Transfers ermöglichen. Dies kann dann zum einen zur Finanzierung von Beschäftigung dienen, zum anderen sollen mittels Budgetmodell aber auch andere Aktivleistungen finanziert werden können.

220

Darüber hinaus wollen wir prüfen, welche Mittel der Arbeitsförderung, der Finanzierung von Arbeitslosigkeit, der Förderung und Qualifizierung sowie welche sonstigen sozialen Leistungen (Eingliederungshilfe, etc.) zur Finanzierung eines öffentlichen Beschäftigungssektors herangezogen werden können.

225

Wir wollen Teilhabe über gute Arbeit statt „pay and forget“. Jeder Mensch hat einen Platz in Wirtschaft und Gesellschaft, an dem er oder sie gebraucht wird. Wir machen uns auf den Weg diesen Platz zu finden.

Kostenfreie Bildung auch im Beruf

Kostenfreie Bildung auch im Beruf

Die SPD steht wie kaum eine andere Partei für eine kostenfreie Bildung von Kindesalter bis hin zum Studium. Ein wichtiger Aspekt wird in der politischen und öffentlichen Diskussion allerdings nur bedingt wahrgenommen. Denn noch immer müssen in vielen Berufen die

5 Auszubildenden selbst für die Kosten der Ausbildung aufkommen. Dies ist für uns ein unbefriedigender Zustand, der schon lange nicht mehr in die heutige Zeit passt. Gerade in diesen Berufen herrscht immer mehr ein Mangel an Auszubildenden (Beispiel Erzieher*innen und Pfleger*innen), die diesen Weg auf sich nehmen wollen.

10 Um dies zu ändern, fordern wir eine umfassende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Ziel muss es sein, die Lernmittel- und Schulgeldfreiheit kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten (Ausbildungsmittel, Dienstkleidung, Literatur, Unterricht, etc.) müssen von den Ausbildungsträger*innen getragen werden. Um grundlegend flächendeckende Rechtsverhältnisse zu schaffen, fordern wir zudem eine Ausweitung des Berufsbildungsgesetzes. Derzeit wird die Ausbildung noch in zu vielen Bereichen gesetzlich aufgeteilt.

15
20
25 **Begründung:**
2005 fand die letzte Novellierung des BBiG statt. Obwohl eine Änderung im Koalitionsvertrag 2013 vereinbart wurde, ließ sich dies aufgrund der politischen Lage noch nicht umsetzen. Wir werden daher diese Thematik weiter auf die politische Agenda setzen.

Menschen Schutz gewähren

**Menschen
Schutz gewähren**

Wir fordern:

Erledigt durch
Beschlusslage.

- Asylbewerber müssen ein schnelles, konzentriertes und faires Verfahren bekommen
- durch verpflichtende Integrationskurse für Asylbewerber mit Bleibeperspektive werden die Prinzipien des Rechtsstaats und des Grundgesetzes praxisnah vermittelt
- mehr Finanzmittel für Landkreise, Städte und Gemeinden, um professionelle Flüchtlingsarbeit zu stärken
- der Staat muss verbindlich regeln, dass die Religionsfreiheit bei Schülern und Schülerinnen gegenüber dem grundgesetzlichen staatlichen Auftrag zur Schulbildung zurücktreten muss (z.B. Teilnahme am Schwimmunterricht)
- Die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege nach Europa
- Eine Erhöhung der Hilfen für Welternährungsprogramm und dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR)
- verstärkte Förderung von Sprachkursen
- Stärkung der Jobcenter und dadurch Vermittlung von Ausbildungen gemäß Qualifizierung für Flüchtlinge wie Einheimische
- klare Regeln schaffen für Menschen, die einwandern wollen
- Einwanderungsgesetze für legale Zuwanderung schaffen, um einer Verschärfung des Fachkräftemangels vorzubeugen

Begründung:

- Wir gewähren Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung. Gesellschaftliche Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und das Grundgesetz sind dabei unsere Säulen guter Integrationspolitik. Diese Prinzipien müssen wir als Mitbürgerinnen und Mitbürger, Verwaltung und Politik vorleben und gleichzeitig von den Flüchtlingen einfordern.

Antragsbereich BTW/ Antrag 13

*Kennnummer 9151
Kreisverband Stuttgart*

Kostenübernahme Verhütungsmittel

Kostenübernah me Verhütungs- mittel

Krankenkassen sollen die Kosten für Verhütungsmittel übernehmen

Annahme

Wir fordern, dass Krankenkassen die Kosten für Verhütungsmittel auch nach einem Alter von 21 Jahren übernehmen. Die finanzielle Lage kann auch unabhängig vom Alter der Menschen prekär sein, weshalb die hohen Kosten für Verhütungsmittel eine unnötige Belastung darstellen.

Zudem sollen Frauenärzt*innen umfassender über die hohen Risiken des Verhügens mit hormonellen Verhütungsmitteln und über Alternativen aufklären. Um die Verantwortung nicht nur bei den Frauen zu belassen und um auch Frauen, die auf hormonelle Verhütung verzichten wollen oder müssen die Möglichkeit zur Verhütung einzuräumen und besonders um alle Menschen vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen, sollen Kondome in Apotheken kostenfrei ausgegeben werden.

Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, auf die Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes im Bundesministerium für Gesundheit hinzuwirken.

20

Antragsbereich BTW/ Antrag 14

*Kennnummer 9145
Kreisverband Lörrach*

Ausbau Infrastruktur - Breitband, alternative Energie, ÖPNV

Ausbau Infrastruktur - Breitband, alternative Energie, ÖPNV

Wir fordern:

- den massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs insbesondere auch im ländlichen Raum
- die Verlagerung des Güterverkehrs schwerpunktmäßig auf die Schiene und auf Wasserstraßen(Kapazitäten Frankfurt-Basel erhöhen)

5

Überweisung an die
Bundestagsfraktion
und die
Landtagsfraktion.

- 10
- die Erneuerung von Straßen und Brücken
 - den Breitbandkabelnetzausbau, vor allem im ländlichen Raum
 - einen beschleunigter Ausbau der Stromtrassen
 - den Ausbau alternativer Energieversorgung mit Wind und Sonne

15 Barrierefreie Zugänge zu Bahnhöfen und allen öffentlichen Einrichtungen schaffen

15 **Begründung:**

20 Für ein wirtschaftlich starkes, wettbewerbsfähiges Land braucht es eine starke, zukunftsfähige Infrastruktur. Das betrifft nicht nur Straßen, Schienen und unsere digitalen Autobahnen, sondern auch eine gute Energieversorgung ohne Atomstrom. Aber gerade im Bereich Schiene und Digitales wird es peinlich: Mit 54€ pro Kopf gibt der Bund vie weniger für die Schieneninfrastruktur aus, als unsere europäischen Nachbarn (z.B. Österreich 199€/Kopf; siehe Allianz pro Schiene 2016)

25 Im Bereich des schnellen Internets schneidet Deutschland ebenfalls schlecht ab.

Antragsbereich BTW/ Antrag 15

*Kennnummer 9146
Kreisverband Lörrach*

Fair produzierende und regionale Landwirtschaft

**Fair
produzierende
und regionale
Landwirtschaft**

Als Alternative möchten wir die fair produzierende und regional ausgerichtete Landwirtschaft stärken:

- 5
- die Erzeugung landwirtschaftlicher Güter soll sich eher am inländischen und europäischen Bedarf ausrichten, weniger am Weltmarkt
 - statt staatlicher Vorgaben zur Regulierung von Milchmengen spricht sich die SPD für ökologische Förderstrukturen aus. So soll beispielsweise die Fütterung mit heimisch erzeugtem Tierfutter gefördert werden
 - 10 • kleine und mittlere bäuerliche Betriebe stärken, insbesondere die Höhenlandwirtschaft mit Ihrer Funktion der Landschaftspflege
 - wichtig ist die Wertschätzung aller nachhaltig erzeugten landwirtschaftlichen Produkte zu stärken

Überweisung an die Programmkommission zur Erstellung des Regierungsprogramms.

15 Die bürokratischen Vorgaben für regional ausgerichtete Landwirtschaft

reduzieren

20 **Begründung:**

25 Die verantwortungsvolle Ausgestaltung der Arbeitswelt gilt auch für den Bereich unserer Ernährung und damit die Landwirtschaft. Verantwortungsvoll meint dabei gegenüber der Natur und Umwelt, aber auch in Hinblick auf faire Arbeitsstandards und Ausbildungsbedingungen. Diese Standards werden in der industriellen Landwirtschaft, gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern, oft nicht gewährt. Lange Transportwege mit Flugzeugen und Schiff belasten zusätzlich die Umwelt.

Antragsbereich So/ Antrag 1

*Kennnummer 9141
Kreisverband Lörrach*

Bildung wichtigste Ressource

**Bildung
wichtigste
Ressource**

Wir fordern:

- die Stufenweise Abschaffung von Kindertagengebühren, Ausbildungskosten und Studiengebühren
- die Förderung der Gemeinschaftsschule und gebundenen Ganztagschule mit dem Prinzip „länger gemeinsam lernen“ sowie „später die Berufsentscheidung fällen“
- Inklusion ja, aber nur mit Unterstützung für die Lehrenden (Zweilehrerprinzip)
- Erhalt und Ausbau der Durchlässigkeit des Bildungssystems
- Es darf beim Schuleintritt keinen Unterschied machen, welche Herkunft oder welches Elternhaus man hat:
- Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
- aktive Sprachförderung
- Berufsberatung verbunden mit Orientierungshilfen an weiterführenden Schulen
- Aktive Förderung der Erwachsenenbildung, u.a. Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Erziehungszeit
- Betreuung von StudienabbrecherInnen
- Ausbau des Dualen Studiums als sozial-gerechte Ausbildung

Nichtbefassung, da
fehlender Bezug
zur
Bundestagswahl.

Begründung:

25 Begründung:

30 Die wichtigste Ressource unseres Landes sind gut ausgebildete Menschen. Die schulische, berufliche und universitäre Bildung senkt nicht nur das Risiko, arbeitslos zu werden. Bildung gibt Menschen Chancen, Sinn und das Instrument, ihre Zukunft selbst zu gestalten und sich selbst zu helfen.

35 Gerade die frühkindliche Bildung hat enorme Auswirkung auf die Zukunft der Kinder in Deutschland. Neben den klassischen Kenntnissen lernen die Kinder Verantwortungsbewusstsein und das soziale Miteinander in der Schule

40 Die Arbeitswelt unterliegt einem stetigen Wandel. Eine Ausbildung zu machen um anschließend ein Leben lang im gleichen Betrieb und in der gleichen Funktion zu bleiben gehört heute eher zu Ausnahme als zur Regel.

45 Zur künftigen Arbeitsplatzsicherheit gehört eine gute und kontinuierliche berufliche Qualifikation (Erwachsenenbildung).

50 Daher wollen wir:

- gute Anpassungs- und Aufstiegsfortbildungen
- die Möglichkeit ausbauen, Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen oder zu verbessern
- den Wiedereinstieg in den Beruf nach Erziehungszeiten
- die Beibehaltung und Stärkung des Bildungszeitgesetzes

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

(1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.

(2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.

(3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

(1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.

(2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.

(3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

(4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.

(5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.

(6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist

(7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

(1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.

(2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

(1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.

(2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.

(3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

(1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.

(2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Mitglieder der Antragskommission

Bender, Julien	Majer, Thorsten	Sagasser-Beil, Tanja
Binding, Lothar	Marvi, Judith	Schiele, Andrea
Boos, Luisa	Müller, Monika	Seitzl, Lina
Gilitschenski, Igor	Munzinger, Hannes	Soeder, Christian
Dr. Harsch, Daniela	Pawlowski, Sarah	Spörkel, Ralf
Kliche-Behnke, Dorothea	Pfaff, Raphael	Vesper, Fabienne
Könnecke, Birte	Repasi, René	Wahl, Florian
Köpfle, Benjamin	Rolland, Gabi	Weber, Jonas
Lange, Christian	Dr. Rosemann, Martin	Weigle, Sebastian
Leber-Hoischen, Sabine	Roth, Jeannette	

Dr. Martin Rosemann MdB	Vorsitzender
Luisa Boos	Stellvertreterin
René Repasi	Stellvertreter

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

Eigendruck